

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS



NUMMER 66
MAI 1995

Chaus



Inhalt

Zur Diskussion, Berichte

Die Bedeutung des Ortes für die Gedenkstättenarbeit in Ravensbrück - Einige Thesen

von Angela Genger

Dokumentieren, Forschen, Hinterfragen - In Frankfurt am Main ist das „Fritz Bauer Institut / Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“ als Stiftung gegründet worden

von Christoph Scheffer

Formen des Erinnerns - Jüdische und nicht-jüdische Stimmen zur Vertreibung und Ermordung der jüdischen Nachbarn aus dem Bayerischen Viertel in Berlin

von Katharina Kaiser und Insa Eschebach

Auf den Spuren der Partisanen und Partisaninnen in Norditalien - Bericht einer Studienfahrt des Bildungswerks für Friedensarbeit, Bielefeld

von Heike Herberg und Sanne Kaperlat

Betrifft: Veranstaltung der Freiwilligen Feuerwehren Hamburgs am 26.3.1995 im Westflügel des Klinkerwerks der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

von Detlef Garbe

Wewelsburg - Volontariatsstelle zu besetzen

Veranstaltungshinweise

Literatur- und Ausstellungshinweise

Buchbesprechungen:

Zu einer Mikrokosmologie deutsch-jüdischen Landlebens

von Ute Daub

„Des Lebens Wert“

von Irmela Roschmann-Steltenkamp

Praxis der Gedenkstättenpädagogik

Reihe „Materialien“ des Fritz Bauer Instituts

Titelfoto

Tuschezeichnung (Vorstudie 19,4 x 28 cm), gemalt von Mercey Arbones aus Barcelona, einer 21jährigen Teilnehmerin eines internationalen Workcamps auf dem Gelände der Gedenkstätte Neuengamme im Anschluß an die Lektüre des Buches „Die lange Reise“ des spanischen Schriftstellers und ehemaligen Buchenwald-Häftlings Jorge Semprun.

Foto: Gedenkstätte Neuengamme

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Stiftung Topographie des Terrors
Budapester Str. 40

D - 10787 Berlin

Tel.: 030 - 254509-15

Fax: 030 - 2613002

Redaktion: Thomas Lutz

Layout und Satz: Peter Nowick

Gesamtherstellung:

GWP-Druck

38154 Königslutter-Beienrode

Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Berlin



Die Bedeutung des Ortes für die Gedenkstättenarbeit in Ravensbrück

- Einige Thesen -

von Angela Genger

Andreas Huyssen stellt in seinem einleitenden Artikel zum Katalog "Mahnmale des Holocaust" die provokante Frage: "Ist es nicht vielmehr so, daß sich jegliches Erinnern zwangsläufig auf Distanz wie auf Vergessen stützt, also auf eben die Dinge, die seine erwünschte Beständigkeit und Zuverlässigkeit untergraben, die aber zugleich für die Lebendigkeit des Erinnerns selbst unabdingbar sind? Macht es nicht die eigentliche Kraft der Erinnerung aus, daß sie sich unter neuen Blickwinkeln und mit neuen Beweisen aus bisher von ihr selbst ausgeblendeten Bereichen immer wieder anfechten läßt?" Und er fährt fort in seinen Überlegungen, "daß die lebhaft erinnerte Vergangenheit immer unserer Gegenwart eingeschrieben sein wird, indem sie sowohl unsere unbewußten Bedürfnisse schürt wie auch unsere überaus bewußten Handlungen steuert." (S. 9). Daraus möchte ich die erste Frage ableiten, in die ich meine Überlegungen zu der Funktion des Gedenkortes Ravensbrück formuliert habe:

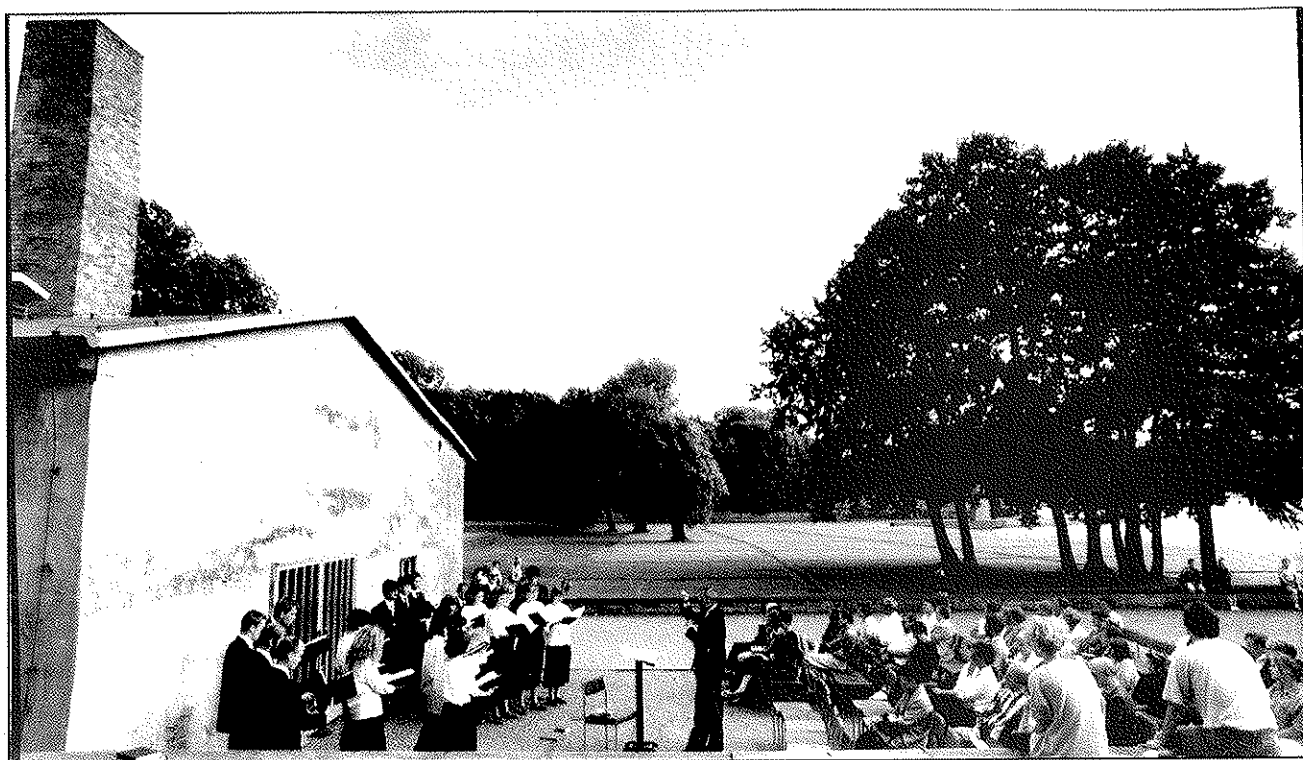
- Welchen "Bedürfnissen" an Erinnerung soll der Ort Ravensbrück genügen?

Neben der menschlichen Neugierde gibt es auch den Wunsch, **nicht** zu wissen, sondern zu ignorieren, zu unterdrücken und zu verdrängen.

Heimat ist da, wo man sich der Toten erinnert; wo man sich ihrer Namen erinnert und wo man die Zusammenhänge kennt; auch die Zusammenhänge der Zerstörung. Die Planierung des Gedächtnisses ist die



Mahnmal: Die Tragende von Will Lammert
Foto: Diwischek, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück



Gedenksingen mit Mitgliedern der Berliner Domkantorei; Juli 1993; Foto: Mahler.

Zerstörung von Identität und Lebensmöglichkeit (vgl. Micha Brumlik, in: Hanno Loewy). Daraus möchte ich die zweite Frage ableiten:

- Inwieweit trägt der Ort Ravensbrück zur Herstellung von Erinnerung bei, inwieweit ist er ein Teil von "Heimat"?

Es gibt die Tendenz, dem Ort quasi "magische" Bedeutung zuzuschreiben. Deshalb ist auch die Aussagekraft des Ortes zu überprüfen, z. B. läßt sich fragen: Inwieweit lassen sich am historischen Ort bestimmte Perversitäten ablesen: die Funktionalität von Sklavenarbeit, die Funktionalität der Architektur, das Verhältnis der Lager zur Industrie?

- Was also, so meine dritte Frage, läßt sich am historischen Ort Ravensbrück wiederentdecken?

"Es macht den Menschen aus, daß er Verantwortung übernimmt. Er kann die Verantwortung nicht ... delegieren" (Binja-

min Heyl, S. 139). An Orten wie Ravensbrück läßt sich ablesen, daß Menschen anderen Menschen ein Leben in Würde vorenthalten haben, und daß dies zu "Vernichtung und Verdammung" geführt hat.

- Eine vierte Frage: "Läßt sich dies an Ravensbrück zeigen, so, wie wir es heute sehen?"

Ein Ort hat auch immer seine eigene Gegenständlichkeit.

- Ist es die "Gegenständlichkeit des Ortes (Ravensbrück), in der die Geschichte wenigstens in Resten, in all ihren Ungereimtheiten, mit Kanten und Schärfe vorhanden ist?" oder worin liegt der "ethische Gehalt" des Ortes?

"Es würde in die Irre führen, wollte man unterstellen, daß der ausführliche und detaillierte Bericht eine Garantie böte, daß es sich nicht wiederhole.... Grausamkeiten wirken nicht zwangsläufig abschrek-

kend." (Ido Abram, S. 193). Vielmehr "empfinden die meisten Menschen Abneigung gegen die Opfer" (ebd.).

Daraus läßt sich die Frage ableiten:

- Ist der Ort Ravensbrück geeignet, die Fremdheit aufzuheben, die nötig ist, um Bildungsprozesse in Gang zu bringen? Und heißt das nicht, daß der Ort in Ergänzung mit der Information auch vermitteln muß, daß unter bestimmten Gegebenheiten und selbst in sehr seltenen Fällen die letzten Spuren der Menschlichkeit nicht zu tilgen sind?

Auch der Ort verlangt dem Betrachter, ebenso wie jede andere Quelle, die deutende Verarbeitung ab.

- Wollen wir die Rekonstruktion des Ortes der Detailgenauigkeit wegen? Und welche Details vermittelt der Ort, die anders nicht vermittelbar sind?



Das Gelände von Ravensbrück wurde vielfach und auf sehr eindeutige Weise durch spätere Architektur der Siegemacht Sowjetunion überformt. Diese Überformung darf nicht einfach ignoriert werden, ganz im Sinne der "Strategie der hilfreichen Ohnmacht" (Fullbert Steffensky). Denn daraus ließe sich ableiten, daß die Abtragung der Reste, die seit 1945 das KZ-Gelände deformieren, ein weiterer Schritt in der Ablehnung der Verantwortung wäre. Unser wichtigstes Ziel aber muß sein, daß wir den Anspruch vermitteln, jeder Mensch müsse Verantwortung übernehmen. "Ein Gewissen haben, heißt, die Welt aus der Sicht der Opfer" annehmen zu können. Das aber ist ein ganz schwieriges Unterfangen.

- **Inwieweit unterstützt die Anschauung des Ortes die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung?**

Eine Gedenkstätte ist sicherlich ein Informationsort. Eine Gedenkstätte ist **aber auch** mehr als ein Informationsort, sie ist ein Ort der Trauer, an dem auch so etwas

wie ein "Verlust-Schmerz" (Utz Jeggle) hervorgerufen werden kann. Aufgabe von Gedenkstättenarbeit ist eben auch, die Verletzung festzuhalten, die den Menschen zugefügt worden ist. Dies zu verleugnen, ist auch eine Form der Abwehr, die traumatisierende Realität wahrzunehmen.

Schließlich bleibt zu fragen, ob durch Musealisierungsvorhaben Erinnerungen zwar festgehalten werden können, inwieweit aber Emotionen darin so geronnen werden, daß sie nunmehr rituell sind und Emotionen damit nicht zugelassen werden. Sollten wir darum aber auf sie verzichten?

(Der Artikel basiert auf einem Referat, das Angela Genger, die Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, während des bundesweiten Gedenkstättenseminars im November 1994 in Ravensbrück gehalten hat.)

Literatur:

Benjamin Heyl, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, in: Helmut Schreier/ Matthias Heyl (Hrsg.), Das Echo des Holocaust, Hamburg 1992, S. 133 - 139.

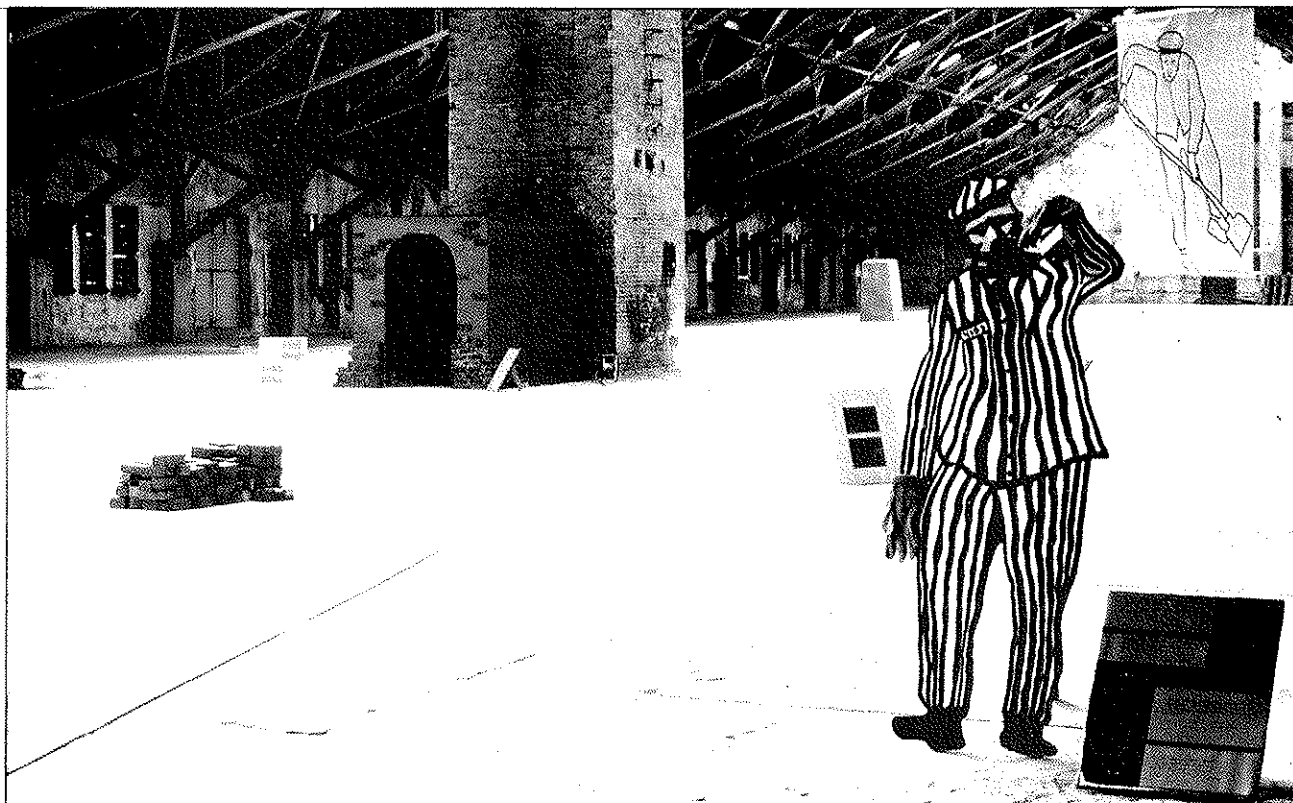
Andreas Huyssen, Denkmal und Erinnerung im Zeitalter der Postmoderne, in: Mahnmale des Holocaust, hrsg. von James E. Young, München 1994, S. 9-17.

Ido H. Abram, Rassenwahn und Rassenhass - Lehren aus der Schoah, in: Helmut Schreier/Matthias Heyl (Hrsg.), Das Echo des Holocaust, Hamburg 1992, S. 185 - 198.

Fullbert Steffensky, Schuld und Identität. Die Fähigkeit, mit sich selbst zu brechen, in: Helmut Schreier/Matthias Heyl (Hrsg.), Das Echo des Holocaust, Hamburg 1992, S. 119 - 131.

Micha Brumlik, Gedenken in Deutschland, Vortragsmanuskript, Hofgeismar 1994.

Utz Jeggle, Abriß, Versteinerung, Musealisierung. Umgangsformen mit der Heimatgeschichte des NS. Vortragsmanuskript, Hofgeismar 1994.



Inszenierung im ehemaligen Klinkerwerk des KZ Neuengamme. Ergebnis der Arbeitsgruppe „Arbeitsbedingungen im ehemaligen Klinkerwerk“ des SCI-Workcamps 1993; Foto: Regine Christiansen.



Dokumentieren, Forschen, Hinterfragen

In Frankfurt am Main ist das „Fritz Bauer Institut / Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“ als Stiftung gegründet worden

von Christoph Scheffer

Ein Schild

an einem Gebäude der Gedenkstätte Natzweiler. „Gaskammer. Besuch etwa jede Viertelstunde. Bitte haben sie Geduld. Danke.“ Vitrinen im Museum von Auschwitz: Haare, Koffer, Beinprothesen hinter Glas. Solche Fotografien sind in einer Ausstellung zu sehen, die das Fritz Bauer Institut in Frankfurt schon vor seiner eigentlichen Gründung organisiert hat: Bilder des Fotografen Reinhard Matz unter dem Titel „Die unsichtbaren Lager - Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken“ (Der Katalog ist als roter Sachbuch erschienen). Die Ausstellung ist programmatisch. Sie zeigt die Schwierigkeit, zum Teil auch die Absurditäten, die beim Versuch, die Shoah zum Gegenstand eines Museums oder einer Gedenkstätte zu machen, entstehen. Ein Museum will das Fritz Bauer Institut nicht sein und auch keine Gedenkstätte. Aber was dann?

Am Anfang

stand ein Unbehagen und ein Vorschlag. 1989 war der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Volker Hauff (SPD) von einem Israelbesuch zurückgekehrt, wo er auch das Jerusalemer Holocaust Memorial Yad Vashem besucht hatte. Volker Hauff stellte die für einen deutschen Politiker in verantwortlicher Position bemerkenswerte Frage, warum es einen solchen Ort in Israel und den USA - in den Emigrationsländern

der Überlebenden - gebe, aber nicht im Land der Täter und Mitläufer, und regte an, eine ähnliche nationale Gedenkstätte in Frankfurt zu errichten. Mehr als fünf Jahre später, am 15. Januar 1995, ist mit einem Festakt im Frankfurter Schauspiel das Fritz Bauer Institut als Stiftung gegründet worden. Die Aufgabe des Instituts wird im Untertitel jedoch anders definiert, als in den ursprünglichen Überlegungen von Volker Hauff. Keine nationale Gedenkstätte soll es sein, sondern ein interdisziplinäres „Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust“.

Die Stiftung

wird getragen von der Stadt Frankfurt, dem Land Hessen und dem privaten „Förderverein Fritz Bauer Institut“, die mit jeweils DM 200.000 am Stiftungskapital beteiligt sind. Die drei Träger sind auch mit jeweils zwei Personen im Stiftungsrat vertreten. Ohne die finanzielle und ideelle Unterstützung durch den Förderverein wäre es wohl kaum zur Stiftungsgründung gekommen. Hunderte von Mitgliedern haben sich dem Verein mittlerweile angeschlossen, auch Organisationen, Landkreise und Gemeinden, vor allem aber Einzelpersonen, darunter Ignatz Bubis, Romani Rose, Rita Süßmuth, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dieter Schulte und Alfred Biolek. Die Unterstützung des Vereins wird auch weiterhin nötig sein, denn jährlich DM 800.000 für die laufenden Kosten, die derzeit von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gemeinsam getragen werden, sind bei weitem nicht ausreichend. Dies hat

auch der hessische Ministerpräsident Hans Eichel eingesehen, als er beim Festakt anlässlich der Stiftungsgründung ein stärkeres Engagement des Landes ankündigte. Angesichts der bundesweiten Bedeutung des Instituts mußten sich aber auch andere Länder und vor allem der Bund beteiligen.

Der Weg

bis zur Institutsgründung war nicht geradlinig. Es gab politische Stolpersteine, zum Beispiel den Rücktritt von Oberbürgermeister Hauff und die sich anschließende Frage, ob die Kulturdezementin Linda Reisch das Projekt auch gegen zeitweilige Widerstände im Frankfurter Magistrat durchsetzen können. Es gab aber auch öffentlich und sehr fruchtbar geführte Debatten über mögliche Formen und Inhalte der geplanten Einrichtung sowie zahlreiche Ausstellungen und Veranstaltungen, in denen die entstehende Konzeption und Arbeitsweise des Instituts bereits ablesbar wurde.

Im Sommer 1991 war beim städtischen Amt für Wissenschaft und Kunst eine „Arbeitsstelle zur Vorbereitung des Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrums des Holocaust“ (so lautete der damalige Arbeitstitel) eingerichtet worden. Hanno Loewy, der zuvor bereits die mögliche Struktur eines solchen Zentrums in einem Gutachten skizziert hatte, wurde Leiter der Arbeitsstelle. Schon im Herbst 1991 trafen sich auf Einladung der Arbeitsstelle Historiker und Museumsfachleute in Frankfurt zu einem öffentlichen Hearing über das Projekt (einige der Beiträge sind in dem von



Hanno Loewy herausgegebenen Band „Holocaust: Die Grenzen des Verstehens - Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte“, rororo Sachbuch, nachzulesen). Die folgenden Fragen standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion:

- Während Holocaust-Gedenkstätten und -Museen in den USA oder in Israel geographisch weit vom Ort des Geschehens entfernt sind, ist beinahe jede Straße in Deutschland ein potentieller Gedenkort für Deportation und Massenvernichtung. Was bedeutet dies für die Arbeit des geplanten Zentrums?
- Yad Vashem in Jerusalem oder das Holocaust Memorial Museum in Washington erzählen die Geschichte der Shoah überwiegend aus der Perspektive der überlebenden Opfer. Welchen Stellenwert muß bei einem Institut in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Tätern haben?
- Die „Gegenrationalität“ der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik und der Monstrosität der Verbrechen entziehen sich weitgehend der Darstellung und medialen Vermittlung. Der Zivilisationsbruch kann, wenn überhaupt, nur gedanklich erfaßt, nicht jedoch emotional nachvollzogen werden. Welche Konsequenzen hat dies für einen möglichen Bildungs- und Ausstellungsbereich des Zentrums?
- Trauer und Gedenken sind weitgehend in Ritualen erstarrt. Welche Formen der emotionalen und ästhetischen Auseinandersetzung mit der Shoah gibt es? Welche „liturgischen“ Formen des Gedenkens können entwickelt werden?
- Die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 ist geprägt von unterschiedlichen Deutungen der NS-Vergangenheit, von der Bearbeitung oder eben Nicht-Bearbeitung des Themas in Politik, Justiz, Geschichtsschreibung, Kunst und Medien. Auf welche Weise kann das geplante Zentrum diesen Umstand selbst zum Thema machen?

Ein Konzept

zu erarbeiten, basierend auf den Diskussionen des Hearings, war Aufgabe einer Planungsgruppe, die im Februar 1992 von Kulturdezementin Linda Reisch einberufen wurde. Beteiligt waren hierbei HistorikerInnen, PädagogInnen und MitarbeiterInnen von Museen und Gedenkstätten, sowie VertreterInnen der Stadt Frankfurt und des Hessischen Kultusministeriums. Im November wurde der Abschlußbericht vorgestellt, womit das geplante Institut - zumindest auf Papier - konkrete Formen angenommen und auch einen Namen bekommen hatte.

Fritz Bauer,

der 1968 verstorbene Hessische Generalstaatsanwalt und Wegbereiter des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, wurde als Namensgeber gewählt. „Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit erfordert gewiß ein Wissen um Fakten, aber das genügt nicht. Nötig ist auch der Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerung und keine Lehre gezogen werden können“, hat Fritz Bauer einmal gesagt und damit einen Anspruch auch des zu gründenden Instituts formuliert. „Von Pädagogik hat Fritz Bauer Zeit seines Lebens wenig gehalten“, heißt es in dem Abschlußbericht der Planungsgruppe, „und dennoch war der streitbare Jurist selbst ein großer Pädagoge. Ihm ging es um die Möglichkeiten selbstbestimmten Lernens, gemeinsam und in der Austragung von Konflikten, durch Bewußtmachung und nicht durch Überwältigung“. Mit dem Auschwitz-Prozeß, der von 1963 bis 1965 in Frankfurt stattfand, habe Fritz Bauer „keinen Schauprozeß“ angestrebt, sondern „gesellschaftliches Lernen in den Bahnen des Rechts“.

Fritz Bauer und der Frankfurter Auschwitz-Prozeß waren auch Thema eines internationalen Kongresses, den das noch im Aufbau befindliche Fritz Bauer Institut anläßlich des 30. Jahrestages des Prozeßbeginns im Dezember 1993 veranstaltete.

Ein Jahr später ging es in einem Symposium um den letzten von Fritz Bauer angestrebten Prozeß, der aber nach seinem Tod keine Unterstützer mehr hatte und niemals stattfand, ein Verfahren gegen die in den nationalsozialistischen Behinderten- und Krankenmord verwickelte Spitze der deutschen Justiz.

Nach der Stiftungsgründung

soll nun das Institut von Hanno Loewy schrittweise aufgebaut werden. Ein interdisziplinär besetzter Wissenschaftlicher Beirat ist einzuberufen. Für die Arbeitsbereiche Dokumentation/Zeitzeugen, Ausstellungen/Veranstaltungen, Pädagogik und Forschung sollen Stellen eingerichtet werden. Mittelfristig wird eine Stiftungsprofessur an einer hessischen Universität angestrebt und langfristig die Einrichtung eines interdisziplinären Forschungskollegs, in dem etwa 15 WissenschaftlerInnen an Projekten arbeiten sollen.

Der Forschungsbereich

soll interdisziplinär angelegt sein und sich nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränken. Denn der Konflikt um die Erinnerung hat längst seine eigene Geschichte. Die Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit hat die Gesellschaften beider deutscher Nachkriegsstaaten nachhaltig geprägt. Nach der Vereinigung und mit der Verortung neuer nationaler Identitäten in Europa hat die politische Mythenbildung um den Holocaust eine neue Qualität angenommen. Gerade die verschiedenen Formen der Aneignung und Deutung nach 1945 werden daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit im Fritz Bauer Institut sein:

- unterschiedliche Perspektiven auf den Holocaust in der persönlichen Erfahrung von Opfern, Tätern, Mittläufern oder Zuschauern und der jeweils vermittelten Erfahrung bei deren Nachkommen;



- Auseinandersetzungen um Formen der öffentlichen Erinnerung, wie sie unter anderem regelmäßig bei bevorstehenden Gedenktagen und Denkmalprojekten zu Tage treten;
- Debatten über historiographische Deutungen der NS-Vernichtungspolitik.

Als erster Schritt zur Forschungstätigkeit im Fritz Bauer Institut sollen von Arbeitskreisen einzelne Forschungsprojekte vorbereitet werden, zum Beispiel:

- „Anamnetische Kultur“: Hier sollen Formen der Erinnerung in Ritual, Liturgie und Vergegenständlichungen wie Gedenkstätten, Denkmäler und Museen untersucht werden.
- Neonazismus/Rechtsradikalismus: Hier soll es um die Rezeption des Nationalsozialismus bei Jugendlichen und seine Faszination gehen.
- Täterforschung: Hier soll das Handeln in den Strukturen einer Tätergesellschaft untersucht werden und die Formen, in denen die dabei gemachten Erfahrungen über die Generationen tradiert werden.
- Überlebende als Zeitzeugen: Hier soll die Bedeutung mündlicher Zeugnisse und ihrer medialen Bewahrung kritisch reflektiert werden.

Der Dokumentationsbereich

des Fritz Bauer Instituts soll im Unterschied zu bestehenden und auf einzelne Aspekte beschränkten Archiven (Document Center, Germania Judaica) interdisziplinär aufgefächert sein. Dabei geht es nicht primär um das Sammeln von Originaldokumenten, sondern um das Erschließen von Quellen für einen breiten Kreis von Nutzern:

- Datenbanken, Microfiche, Findhilfen und Bibliographien sollen Interessierten den Zugang zum Material anderer Archive und Bibliotheken erleichtern. Als erster Band einer vom Fritz Bauer Institut herausgegebenen Reihe „Verzeichnisse“ ist eine „Annotierte Biblio-

graphie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur“ von Werner Renz erschienen.

- Einzelne Dokumentationsprojekte sollen sich mit speziellen Fragestellungen beschäftigen. So arbeitet eine Gruppe des Fritz Bauer Instituts bereits gemeinsam mit dem Bremer „Institut Film Fernsehen“ und dem Bundesarchiv an einer „Cinematographie des Holocaust“. Ziel dieses ersten großen Dokumentationsprojektes ist es, eine möglichst vollständige Datenbank über Filmdokumente aus der NS-Zeit und Dokumentar- und Spielfilme zum Holocaust zu erstellen. Hierzu entsteht auch eine Videothek. Ähnliche Dokumentationsprojekte anderer Gruppen und Einrichtungen will das Fritz Bauer Institut unterstützen.
- Die Bibliothek des Fritz Bauer Instituts sammelt u.a. Literatur aus den Bereichen Historische Forschung, Pädagogik, Gedenkstätten, Reflexionen über und ästhetische Auseinandersetzung mit dem Holocaust, biographische Literatur und Nachkriegsgeschichte. Parallel zur Bibliothek, die ab Sommer 1995 benutzbar sein wird, entsteht ein Zeitungsausschnittarchiv.

Ausstellungen und Veranstaltungen

sollen, wie schon in den vergangenen Jahren, regelmäßig organisiert werden und zunehmend auch die eigene Forschungstätigkeit des Instituts widerspiegeln. Zwei Beispiele:

- „Ein Ort wie jeder andere“ heißt eine Ausstellung über die bayerische Kleinstadt Landsberg am Lech. Der Ort, wo Hitler vor 70 Jahren „Mein Kampf“ schrieb, der 1937 zu einer nationalen Gedenk- und Weihestätte erklärt wurde, der umgeben war von Außenlagern des KZ Dachau, in dem tausende jüdischer Zwangsarbeiter bei der Rüstungsproduktion starben, in dem nach 1945 ein DP-Camp eingerichtet wurde, und in dem hunderte von Kriegsverbrechern

der Alliierten inhaftiert waren, dieser Ort spiegelt wie in einem Brennglas die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik mitsamt ihrer Vor- und Nachgeschichte. Parallel zur Wanderausstellung, die in Zusammenarbeit mit der lokalen Initiative erarbeitet wurde, erscheint ein Bildband als roter Sachbuch.

- „Überlebt und unterwegs“ ist der Titel einer internationalen Konferenz zur „Lage und Lebenswelt der jüdischen Displaced Persons 1945-1949“, die das Fritz Bauer Institut vom 19. bis 21. Juli 1995 in München veranstaltet. Ort und Termin sind bewußt gewählt, denn Ende Juli 1945 trafen sich im südbayerischen St. Ottilien jüdische Überlebende aus Deutschland und Österreich zur einzigen überregionalen Konferenz der Überlebenden.

Wanderausstellungen zu verschiedenen Themen können beim Fritz Bauer Institut ausgeliehen werden. Die Unterstützung lokaler Gruppen bei der Konzeption von eigenen Ausstellungen wird angeboten. Eine Plakatmappe mit dem Titel „Die Gegenwart von Auschwitz“, in der Fotografien aus der Gedenkstätte von Henning Langenheilm und Peter Liedtke Zitaten von Opfern und Überlebenden des Vernichtungslagers gegenübergestellt sind, wurde bereits vielfach in der Bildungsarbeit eingesetzt und kann beim Fritz Bauer Institut bestellt werden.

„Die historischen Daten - aber auch die visuellen Zeugnisse - sprechen für sich“, heißt es im Konzept der Ausstellungsarbeit des Instituts, „sie bedürfen der Deutung, der bewußten Distanzierung und Reflexion, um sich ihnen nähern zu können.“ Dementsprechend soll auch in Zukunft bewußt keine Dauerausstellung eingerichtet, sondern mit wechselnden Formen der Präsentation und ästhetischen Auseinandersetzung experimentiert werden. Rückmeldungen der VeranstalterInnen und BesucherInnen von Ausstellungen sollen selbst zum Ausgangspunkt von Rezeptionsforschung werden.



Eine Frau ist in Auschwitz angekommen; der Fotoapparat erfasst sie in der Bewegung. Die Frau versteht es, mit der Stellung des Gesichts diesen Fotoblick aufzufangen und mit den Augen um ein wenig am Blickwerfer vorbeizuschauen. Auf einem Boulevard sähe sie so an einem Herrn, der ihr den Blick gibt, knapp vorbei auf ein Schaufenster. Mit diesem Vorbeisehen sucht sie sich in eine Welt mit Boulevards, Herren und Schaufenstern zu versetzen, fort von hier.

Das Lager, von der SS geführt, soll sie zugrunde richten und der Fotograf, der ihr Schönsein festhält, ist von der gleichen SS. Wie das zusammenspielt, bewahren und zerstören!

Foto: Essayfilm von Harun Farocki, Basis-Film Verleih.

Der pädagogische Bereich

beschäftigt sich mit dem Holocaust als Gegenstand von Aneignungs- und Lernprozessen und Formen der Vermittlung in schulischer und außerschulischer Bildung. Ausgangspunkt der Überlegungen im Bericht der Planungsgruppe ist die „Asymmetrie zwischen kognitivem Wissen und affektiver Hilflosigkeit“ beim Thema Holocaust. Gewarnt wird vor der „Versuchung, gerade im Aufschlagen des schwärzesten Kapitels der Geschichte moderner Zivilisation so etwas wie einen

festen Halt für einen ansonsten brüchig zu werden drohenden demokratischen Wertekanon zu finden“. Den Holocaust als Zivilisationsbruch zu denken, bedeute aber „jede Gewißheit einer Garantie auf zwischenmenschlich verbürgtes (Über-)Leben aufgeben zu müssen“. Immer wieder werde versucht, „die Ereignisse und ihre Deutung so zurechtzurücken, daß wenigstens ein Rest an positiver Deutung auch noch aus diesem Kapitel der deutschen Geschichte zu gewinnen ist“.

Die Konsequenz für das Fritz Bauer Institut: „Kritische Geschichtsdidaktik muß zunächst

einmal diesen Sog, den nicht nur die Lernenden, sondern erst recht die Lehrenden selbst verspüren, als Herausforderung ernst nehmen“. Erst dann könnten ideologische und moralisierende Ansätze in der pädagogischen Behandlung des Holocaust (Faschismus-Theorien bzw. Vorstellungen von Schuld und „Versöhnung“) oder platte Versuche einer Aktualisierung des Themas (Gleichsetzung mit dem Rassismus der Gegenwart) überwunden werden.

Ausgehend von dieser methodenkritischen Diskussion über Geschichtsdidaktik entwickelt ein bundesweiter Arbeitskreis Unter-



richtsmaterialien. Für MitarbeiterInnen in Gedenkstätten, in der Bildungsarbeit in Gemeinden und Organisationen werden Materialien und pädagogische Beratung angeboten. Welche Bedeutung das Thema Holocaust in den „multikulturell“ zusammengesetzten Schulklassen der Einwanderungsgesellschaft hat, ist ein inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit.

Im pädagogischen Bereich hat das Fritz Bauer Institut bereits zahlreiche Kooperationspartner, darunter das US-amerikanische Lehrerfortbildungsinstitut „Facing History and Ourselves“ in Boston. Das hessische Kultusministerium unterstützt die pädagogische Arbeit des Fritz Bauer Instituts durch die Abordnung von zwei Lehrern.

Publikationen

zur Gedenkstättendebatte, zum Konflikt der Erinnerungen, zu einzelnen Forschungsprojekten, zu pädagogischen Fragestellungen und anderen Themen erscheinen als Materialien-Hefte des Fritz Bauer Instituts und - in Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen - als Schriftenreihe (Siehe auf der letzten Seite dieses Rundbriefes).

Ein Ort,

an dem das Fritz Bauer Institut sich auf Dauer einrichten könnte, ist noch nicht gefunden worden. Es sind aber zwei gleichmaßen geschichtsträchtige Gebäude in Frankfurt im Gespräch:

- Das erste Frankfurter „Haus der Jugend“ in der Hansaallee, das 1930 fertiggestellt und schon bald nach der Eröffnung immer wieder von nationalsozialistischen Schlägerbanden überfallen wurde, könnte, nachdem es vor einem Jahr von der US-Armee geräumt wurde, zukünftig das Fritz Bauer Institut beherbergen - gemeinsam mit einer „Anne-Frank-Begegnungsstätte“, die von einer Bürgerinitiative gefordert wird.
- Ebenfalls von der US-Armee geräumt wird in diesen Tagen das Hauptgebäude der ehemaligen I.G. Farben. Wenn hier Teile der Frankfurter Universität einziehen würden, wie es derzeit diskutiert wird, wäre das Gebäude auch für das Fritz Bauer Institut ein geeigneter Standort.

Vorläufig hat das Fritz Bauer Institut seine Räumlichkeiten in der Bockenheimer Landstraße 104 in Frankfurt.

Kein Museum, keine Gedenkstätte

will das Fritz Bauer Institut sein. Denkmäler, wie sie derzeit an vielen Orten errichtet werden, versprechen Erinnerungen in einer verbindlichen Form. Diese aber kann es nicht geben, schon gar nicht im Land der Täter. Das Fritz Bauer Institut will aber auch Gedenkstätten und lokale Initiativen nicht überflüssig machen. Es ist keine zentrale Einrichtung, die alles andere ersetzt. Aus dem Förderverein des Instituts haben sich bereits regionale Gruppen

gebildet, die an verschiedenen Orten, darunter Hamburg und München, dezentrale Arbeit machen.

Das Fritz Bauer Institut will dokumentieren und forschen, Materialien zur Verfügung stellen, Partner sein, Diskussionen anregen und immer wieder Geschichts-Bilder in Frage stellen. Eine vom Fritz Bauer Institut organisierte vierwöchige Veranstaltungsreihe zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz hat dieses Selbstverständnis im Januar einem breiten Publikum deutlich gemacht. Ausgangspunkt fast aller Diskussions- und Vortragsveranstaltungen waren Filme. Über dieses Medium, so die Veranstalter, könne am besten eine kritische Auseinandersetzung über die Frage angeregt werden, „in welchen Bildern Auschwitz ins Bewußtsein der Nachkriegsgeneration gedrungen ist: Was das Medium Film mitteilen und bewirken konnte und wo es an seine Grenzen stieß, an die Grenzen auch dessen, was Auschwitz war und ist“.

Fritz Bauer Institut
Bockenheimer Landstraße 104
60323 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 74 72 90
Fax: (069) 74 72 97

(Christoph Scheffer ist Journalist und arbeitet auf Honorarbasis für das Fritz Bauer Institut.)

NS-Zwangsarbeit

Elektrizitätswerke unterstützen Stiftung

HAMBURG/WARSCHAU, 16. März (dpa). Die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) haben für ihren Einsatz von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkriegs einen „namhaften Geldbetrag“ an die Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ in Warschau gespendet. Die HEW hatten während des Zweiten Weltkriegs zum Bau ihres Kraftwerkes mehrere hundert KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter eingesetzt. Der Energieversorger betrachtet seinen Beitrag als „Geste zur Aussöhnung und als Bekenntnis zur Gesamtverantwortung für die gemeinsame Vergangenheit“. Über die Höhe der Zahlung wurde mit der polnischen Stiftung Stillschweigen vereinbart. Die Warschauer Stiftung bezeichnete die Spende als „bedeutenden Beitrag“. Die HEW sei das erste deutsche Unternehmen, das sich an der Stiftung finanziell beteiligt habe, sagte Stiftungschef Andrzej Budzynski in Warschau. Er hoffe, daß andere Konzerne folgen werden.



Formen des Erinnerns

Jüdische und nicht-jüdische Stimmen zur Vertreibung und Ermordung der jüdischen Nachbarn aus dem Bayerischen Viertel in Berlin

- Eine Ausstellungs-Installation vom 02. April bis 02. Juli 1995 -

von Katharina Kaiser und Insa Eschebach

„Das Unvorstellbare zu visualisieren“ (Reinhard Koselleck) ist das Paradox, dem sich jede Ausstellung über den Völkermord an den Juden stellen muß. Auch eine Ausstellung, welche die lokalhistorischen Ereignisse zum Ausgangspunkt nimmt, das heißt, die konkreten Schritte der Vertreibung der jüdischen Nachbarn aus dem zivilen Leben, kann diese nicht darstellen, ohne zugleich auch das Ende, die erzwungene Emigration und die fabrikmäßige Ermordung zu reflektieren.

Nun steckt in diesem Anspruch ein Dilemma, denn die zeitgenössischen Dokumente, Objekte und Fotos machen den Fortgang ihrer Geschichte nicht aus sich selbst heraus sichtbar. Im Gegenteil: Das Foto von 1934 aus Anlaß der Barmitzwa-Feier kurz vor der Emigration, das Kündigungsschreiben der Firma von 1936, auch den Abschiedsbrief von 1942 können wir nur vor dem Hintergrund der Bilder lesen, welche wir uns im Laufe der fünfzig zurückliegenden Jahre von den historischen Ereignissen gemacht haben. Ohne diese inneren Bilder bewußt zu machen, wird jede durch Dokumente und Objekte scheinbar objektivierte Darstellung eingereiht in die Abfolge zahlloser Informationen, die wir täglich in Form medialer Gewaltdarstellungen aufnehmen; die aktuellen Bilder aus Kriegs- und Krisengebieten, die Bilder von toten und hungem-

den Menschen sind in ihrer Dramatik allemal dazu in der Lage, die der Dokumente des alltäglichen Faschismus zu überdecken.

Auf der anderen Seite können die inneren Bilder aber auch den Blick für die realhistorischen Ereignisse verstellen. Wir haben uns ein Bild gemacht von „den Nazis“, von „den Juden“ und gehen in historische Ausstellungen - oder werden als Schüler gebracht - um diese Bilder zu ergänzen, in den seltensten Fällen, diese neu zu überdenken.

Das Medium der Bewußtmachung der inneren Bilder ist die Sprache. Nur sie kann die ritualisierten Wahrnehmungsformen und Sprachstereotypen, aber auch die Ambivalenzen und Ungleichzeitigkeiten der Erinnerung darstellen und reflektieren. Wir haben uns daher entschlossen, in zwei Bereichen der dreiteiligen Ausstellung „Sprache auszustellen“ und auf Fotos, Dokumente und Objekte weitestgehend zu verzichten. Gegenstand ist nicht - wie in klassischen historischen Ausstellungen - die Chronologie oder Struktur der Ereignisse, sondern die Frage, was und wie heute erinnert wird.

In zwei gegenüberliegenden Bereichen der Ausstellung sind Stimmen von jüdischen und nicht-jüdischen Zeitzeugen zu hören, die während des Nationalsozialismus

Nachbarn im Bayerischen Viertel gewesen sind. Daß diese gemeinsame Vergangenheit keine gemeinsame Erinnerung produziert, wird offenkundig: Während die Erinnerungen der jüdischen Überlebenden durch die Erfahrung ihrer Verfolgung, durch die Ermordung ihrer Verwandten und Freunde strukturiert sind, ist in den Stimmen der nicht-jüdischen Zeitzeugen die Abwehr des Wissens um das weitere Schicksal der jüdischen Nachbarn durchaus hörbar. Sie waren „plötzlich verschwunden“, so die stereotype Rede, bestenfalls noch: „Wir sind im Guten auseinander gegangen.“

Die Schemen und Stereotypen der Erinnerungen nicht-jüdischer Deutscher sind durch die Kommunikationsriten der Nachkriegszeit wesentlich geprägt worden. Dennoch gibt es, nach einem Wort von Peter Burke, so etwas wie die „inoffiziellen Erinnerungen“, gleichsam widerstrebende Bilder, die nur auf Nachfrage zur Sprache gelangen und quer stehen zu dem im Nachkriegsdeutschland kollektiv eingeübten Entlastungsdiskurs: Plötzlich heißt es, man habe durch die halb geöffnete Wohnungstür sehr wohl beobachtet, wie die Nachbarn abgeholt wurden, man habe gesehen, wie der alte Herr aus dem dritten Stock auf die Straße hinaus und in den Lastwagen geprügelt worden ist.

Diese „inoffiziellen Erinnerungen“ scheinen einem Fundus zu entstammen, der gleich-



sam unbearbeitet die vergangenen Jahrzehnte überdauert hat. Es sind übrig gebliebene Erinnerungen, Erinnerungssplitter, die wahrscheinlich schon in der Situation selbst Wahrnehmungssplitter geblieben sind, deren Einordnung in den Realzusammenhang schon damals abgewehrt wurde. Warum wurde der - scheinbar einfache - Gedanke nicht weitergedacht: Wohin wird dieser alte Mann gebracht? Hat sich schon damals und erst recht aus der Rückschau im Innern der Zeitzeugen alles dagegen aufgelehnt, das flüchtige Bild hinter der halb geöffneten Tür mit einer Vorstellung der „Arbeitslager“ bzw. den Bildern aus den Vernichtungslagern zusammenzubringen, die nach dem Krieg zu sehen waren? Die Reden der nicht-jüdischen Zeitzeugen verbleiben in merkwürdig zusammenhangloser Form.

Im Gegensatz dazu steht die Sprachstruktur im anderen Teil der Hörausstellung: Die Erinnerungen der jüdischen Überlebenden gleichen einem Erzählfluß, angetrieben von dem zentralen Motiv, Zeugnis abzulegen. Doch auch hier zielt das Konzept der Ausstellung nicht auf die Dokumentation eines gesicherten historischen Wissens, das uns durch die Erinnerungen der Zeitzeugen zugänglich gemacht würde. Darauf, daß sich auch die Erinnerung jüdischer Zeitzeugen durch bestimmte sprachliche, kulturelle und religiöse Ausdrucksmuster strukturiert, darauf hat bereits James Edward Young mit seinen Arbeiten aufmerksam gemacht. Es geht, nach einer Formulierung von Geoffrey Hartman, dem Fachberater der Yale Video Archives, um „die Geschichte, die jeder einzelne in sich verkörpert und weiter mit sich herumträgt“, darum, „wie der Geist mit seinen Erinnerungen ringt, ihnen einen Sinn gibt oder ihnen einfach ins Auge sieht“, um „die in mündlicher Form überlieferte Version des Überlebens“. Die Stimmen der jüdischen Überlebenden bringen ihre uns fremde Geschichte zurück in die Jetztzeit, zurück auch in jene Straßen und Häuser des Viertels, das uns bislang doch vertraut schien: Sei es die Geschichte einer Frau, die als Kind versteckt im Keller eines

Schöneberger Mietshauses überlebte, seien es die Erinnerungen einer Auschwitz-Überlebenden oder die eines heute 60-jährigen, der als Jugendlicher aus Berlin-Schöneberg in die USA emigrieren konnte und der keine Möglichkeit fand, seine Eltern vor der Deportation nach Riga zu bewahren.

„Ihr könnt Euch erinnern, wir müssen uns erinnern...“, sagt eine junge Jüdin im Ein- bzw. Ausgangsbereich des einen Hörraumes. In diesen Übergängen zum Mittelraum werden die inneren Bilder von Interviewten der drei Generationen nach 1945 zu Gehör gebracht. Während die von uns befragten jüdischen Nachgeborenen den Holocaust wie auch die jüdische Religion als mögliche Bestandteile jüdischer Identität diskutieren, überraschen bei den jungen, nicht-jüdischen Deutschen die Empfindungen des Unheimlichen und Fremden, das viele mit dem ersten Hören des Wortes „Jude“ in ihrer Kindheit verbunden haben. Seien es die Juden des Alten Testaments, seien es die Bilder der Leichenberge, die man in der Schule gezeigt bekam, sei es die Lektüre des Tagebuchs der Anne Frank, die in dem Wunsch gipfelte, selbst jüdisch sein zu wollen - die inneren Bilder von „Juden“ sind bei den von uns befragten jungen Deutschen so gut wie nicht durch individuelle Erfahrungen geprägt.

Ziel dieses Ausstellungs-Experiments ist es nicht, Ergebnisse empirischer Forschung zu präsentieren. Es soll vielmehr Anlaß geben, die Frage nach dem Prozeß der Erinnerung selbst zu stellen. Vielleicht wird für die Besucherinnen und Besucher die eigene (verfestigte?) Ordnung der inneren Bilder zum Gegenstand des Nachdenkens.

Im Mittelteil der Ausstellung können sich die Besucherinnen und Besucher - in der Mehrzahl Nichtjuden der Nachkriegsgenerationen - auf die für sie fremden Wirklichkeiten einlassen: In Form von Briefen von Überlebenden, in Form von überlieferten

Dokumenten und Fotos. Dokumentiert werden auch die Namen von über 6000 Menschen, die in den bekannten Straßen der Umgebung des Bayerischen Platzes gelebt haben und von dort in die Todeslager verschleppt worden sind. Auch für diesen zentralen Ausstellungsteil wurde nicht die übliche Ausstellungsform (Stellwände, Vitrinen) gewählt, sondern die des „Archivs“: Über 80 Biographien von Emigranten, darunter die zahlreicher Persönlichkeiten, die im Bayerischen Viertel gewohnt haben (wie Nelly Sachs, Else Lasker-Schüler, Leo Baeck, Albert Einstein, Wilhelm Reich, Billy Wilder u.a.), setzen sich wie in einem Kaleidoskop zusammen: Erinnerung als Archiv, das jede Generation auf neue Weise nutzen kann.

Als Begleitpublikation zur Ausstellung erscheint eine zweibändige Ausgabe in der Edition Hentrich: Hrsg. Kunstamt Schöneberg, Schöneberg Museum in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz: „Orte des Erinnerns.“ Band 1: Das Denkmal im Bayerischen Viertel - Beiträge zur Debatte um Denkmale und Erinnerung. Band 2: Jüdisches Alltagsleben im Bayerischen Viertel - eine Dokumentation.

(Katharina Kaiser ist Leiterin des Kunstamtes Schöneberg. Dr. Insa Eschebach ist Religionswissenschaftlerin und freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kunstamt Schöneberg.)



Auf den Spuren der Partisanen und Partisaninnen in Norditalien

Bericht einer Studienfahrt des Bildungswerks für Friedensarbeit, Bielefeld

von Heike Herberg und Sanne Kaperlat

„Wir hatten damals kein politisches Bewußtsein, nur keine Lust, den Krieg weiterzuführen. Zu den Partisanen zu gehen, war ein Akt der Selbstverteidigung.“

So wie Sergio sprechen viele der alten KämpferInnen von ihrer ursprünglichen Motivation, sich zum Teil als 15jährige den

Partisanen anzuschließen.

Eine Woche lang werden wir uns auf die Spurensuche der PartisanInnen in Norditalien, in der Emilia Romagna, begeben. Wir - das ist eine Gruppe von 18 Personen aus Bielefeld und anderen Städten, die aus ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen kommen und in dieser Woche ihren Bildungsurlaub in Italien verbringen wollen. Zehn ehemalige Partisanen, heute alte

Herren zwischen 65 und 80 Jahren, begleiten unsere Gruppe zunächst für drei Tage in den Apennin und frischen dort selbst alte Erinnerungen auf.

PartisanInnenrepublik

Die Emilia ist eine Region alter „roter“ Tradition, in der es schon zu Beginn des



Denkmal für gefallene PartisanInnen in Reggio Emilia.
Foto: Jürgen Siegmann.



Jahrhunderts die stärkste ArbeiterInnenbewegung Italiens gab. Diese Region war Massenbasis der Genossenschaftsbewegung und Hauptschauplatz der politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen „Roten“ und „Schwarzen/Faschisten“ (Bertoluccis Film „1900“ wurde hier gedreht).

Unsere Tour führt durch das Gebiet der ehemaligen PartisanInnenrepublik von Montefiorino. 45 Tage - von Mitte Juni bis Ende Juli 1944 - hat die selbstverwaltete Freiheit innerhalb der 20-monatigen deutschen Besatzung funktioniert. 1.200 qkm umfaßte dieses kleine, von den PartisanInnen befreite Gebiet, dieser erste demokratische Gehversuch. An dessen Selbstverwaltungsstrukturen beteiligten sich im Laufe der eineinhalb Monate ca. 6.000 PartisanInnen, bevor 5.000 deutsche Wehrmachtssoldaten zusammen mit italienischen Faschisten in einem drei Tage währenden Großeinsatz brutal dagegen vorgingen und alles zerstörten.

Den Zeitzeugen von damals ist heute noch anzumerken, mit welchem Enthusiasmus sie vor 50 Jahren für den Frieden gekämpft haben:

„Wir wollten den Krieg beenden, wir wollten Freiheit. Politisiert wurden die meisten von uns erst im Laufe der Zeit.“

Wir halten in Monchio, einem kleinen Dorf, in dem im März 1944 deutsche und italienische Faschisten mit Kanonen, Flammenwerfern und Maschinengewehren einen Massenmord an der Zivilbevölkerung verübten. Doch die Reaktion der Bevölkerung war nicht die von den Faschisten beabsichtigte: Der Zulauf bei den PartisanInnen erhöhte sich erheblich, eine Brigade hat den Namen des Ortes bis zur Befreiung getragen.

Von Monchio aus führt die Straße in Serpentina mit 20 % Steigung zum „Parco della Resistenza“ in St. Giulia. Dieser 1993 eingeweihte Widerstandspark - im Herzen der ehemaligen PartisanInnenrepublik - ist ein internationales Projekt von Künstlern

aus 7 Ländern, die hier in Form von 14 Steinplastiken ihre Ideen zum Befreiungskampf ausgedrückt haben.

Auch das Widerstandsmuseum im Schloß von Montefiorino ist - wie uns die Bürgermeisterin mitteilt - erst kürzlich eröffnet worden und deshalb noch nicht ganz vollständig.

Beim Anblick der Originalwaffen, -uniformen, -schreibmaschinen, -flugblätter und Sabotageanleitungen bekommt mancher alte Partisan leuchtende Augen. Dario erzählt, wie praktisch es damals war, das zusammenklappbare Gewehr der Marke X dabeizuhaben, weil man das gut verstecken konnte.

Frauen in der Resistenza

Hier im Museum ist auch den Frauen der Resistenza immerhin eine Ecke gewidmet - ein Thema, das sonst, in alter, internationaler Tradition, gern nur beiläufig gestreift wird. Wir erfahren hier von dem einzigen Partisaninnenkommando, das sich im Frühjahr 1945 mit 180 Frauen bildete.

Viele italienische Frauen kämpften jedoch nicht auf der militärischen Ebene gegen den Faschismus, sondern stellten die Infrastruktur, ohne die die bewaffneten PartisanInnen nicht hätten überleben können. Frauen arbeiteten als „Staffettas“ und überbrachten Nachrichten, Lebensmittel und Kleidung, besorgten Quartiere, sondierten oft die Lage, bevor ein Angriff stattfinden sollte. Sie waren es, die sich neben ihren Widerstandsaktivitäten auch weiterhin um das Überleben der Familie kümmern mußten.

Unseren Eindruck, daß der Anteil der Frauen an der Resistenza nicht entsprechend gewürdigt wurde und wird, bestätigen nicht nur Simonetta, Giovanna und Angela, die zu unserer Generation der 25- bis 40jährigen gehören, sondern auch viele der Zeitzeuginnen, die wir noch im Laufe der kommenden Tage treffen werden.

Eine weitere Station ist Fontanaluccia, wo es den PartisanInnen 1944 gelang, eine

eigene Krankenstation einzurichten. Vorher hatten sie die Verletzten in Etappen mühsam von den Bergen in die Po-Ebene hinuntertransportieren, d.h. -tragen müssen, um sie dort von kooperierenden Ärztinnen in den Kellern der von den Faschisten kontrollierten Zivilkrankenhäuser operieren zu lassen.

Cervarolo

Cervarolo - unsere Ankunft in diesem kleinen Dorf, das wir am nächsten Tag nach einstündiger Wanderung erreichen, erzeugt bei dem Ehepaar, an dessen Haus wir vorbeigehen, heftige Ablehnung. Sie gehören zu den wenigen Überlebenden, die sich vor dem Massaker der Deutschen, einer Vergeltungsaktion am 20. März 1944, hatten retten können.

„Diese jungen Deutschen kommen vielleicht in guter Absicht, aber ich bekomme schon eine Gänsehaut, wenn ich die deutsche Sprache nur von weitem höre.“

In Cervarolo wurden von der SS die anwesenden 26 Männer auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und hingerichtet. Zwei Schwerverletzte konnten sich aus dem Leichenberg retten, da die Deutschen nach dem Inbrandsetzen der Erschossenen das Dorf sofort verließen. Eine Gedenktafel mit italienischem und deutschem Text, die eine Berliner Gruppe Ende der 80er Jahre spendete, wurde in Cervarolo gegen den Widerstand der Dorfbevölkerung vom Partisanenverband angebracht. Die EinwohnerInnen hatten kein Wort der verhaßten Sprache in ihrem Ort dulden wollen.

„Ich habe heute noch Herzklopfen, wenn ich Euch davon erzähle.“ Während Giuseppe, der Präsident des Partisanenverbandes spricht, werden in den Häusern am Platz um uns herum die Fensterläden geschlossen. Hier erleben wir zum ersten Mal nicht die Herzlichkeit und Offenheit, die uns in diesen Tagen immer entgegengebracht wird und uns oft schon mit Beschämung erfüllt.



Tee oder Tabak

Wir haben inzwischen wieder einige Höhenmeter überwunden und stehen an der Stelle, wo im Mai 1944 der erste Fallschirmabwurf seitens der alliierten Engländer für die PartisanInnen stattfand. Außer Waffen gab es auch Schokolade, Handtücher, Seife und Tee, den die PartisanInnen zunächst für Tabak hielten, da die meisten von ihnen aus armen Familien kamen und Tee nicht kannten. „Aber auch gekocht schmeckte er uns nicht“, erzählt Roberto amüsiert, „den können die Engländer behalten“.

Die Gedenktafel, die 1986 hier zwischen den Bäumen aufgestellt wurde, war im letzten Jahr Ziel eines Neonazi-Angriffs und ist erst seit einer Woche wiederhergestellt. Im Bus übersetzt uns ein Zeitzeuge später einen Zeitungsartikel über den aktuellen Skin-Aufmarsch vom 23. Juli 1994 in dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald.

Die Unterstützung der PartisanInnen durch die Alliierten dauerte nicht lange. Im Winter 1944/45 wurde sie völlig eingestellt, da die Engländer und Amerikaner Angst hatten, die kommunistischen Partisanenverbände könnten nach Beendigung des Krieges eine zu starke Kraft in Italien werden. „Truman hat gesagt, er hofft, daß der letzte kommunistische Partisan im Kampf mit dem letzten Faschisten fällt“, erinnert sich einer der Genossen.

Kontinuitäten

In den 50er Jahren wurden viele ehemalige PartisanenkämpferInnen Opfer von Verhaftungen, weil sie z.B. Streiks zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen anführten. Jahrelange Untersuchungshaft war zum Teil die Reaktion auf diese Proteste.

„1960, als die Christdemokraten in die Allianz mit den Faschisten gegangen sind, gab es fünf Monate lang den Zustand, daß die Leute ständig auf der Straße waren, daß sie verhaftet und geschlagen wurden, daß Leute auf der Piazza erschossen wur-

den, es war nahezu ein Volksaufstand“, erzählt uns eine Zeitzeugin. Bei einer großen Demonstration im Juli 1960 gegen die Etablierung des faschistischen Bündnisses wurden auf der Piazza in Reggio Emilia fünf Menschen erschossen, darunter drei, die die Resistenza überlebt hatten. Die Umstände der Ermordung legten damals die Vermutung nahe, daß es sich hierbei um gezielte Morde gehandelt hat.

Daß die Zeit der Resistenza und die Erfahrungen der PartisanInnen sich kaum in den Geschichtsbüchern wiederfinden, wie Antonio, der junge Historiker aus Reggio Emilia uns erzählt, versteht sich da fast von selbst.

In Ligonchio haben wir als „Deutsche Delegation“, wie wir überall empfangen werden, endlich die Gelegenheit, mit Frauen aus der Resistenza persönlich zu sprechen.

„Wir Frauen hatten ja damals nicht nur den Kampf gegen den Faschismus zu führen, sondern auch den gegen unsere Benachteiligung“, erzählt Giaconda. Mit dem Ziel der Gleichberechtigung für Frauen wurden die „gruppi di difesa della donna“ (Frauenverteidigungsgruppen) gebildet. Aber die politische Arbeit in den Frauenverteidigungs- und in den Versorgungsgruppen wurde nach dem Krieg nicht als Arbeit in der Resistenza anerkannt.

Voraussetzung für diese Anerkennung war unter anderem die Beteiligung an drei bewaffneten Aktionen. Für viele Frauen bedeutete das, auf die finanzielle Entschädigung, die es für ehemalige PartisanInnen gab, verzichten zu müssen.

Widerstand in der Po-Ebene

Zurück in Reggio Emilia, dem Ausgangspunkt unserer Spurensuche, erkunden wir am nächsten Tag die Po-Ebene mit dem Fahrrad. Das Wissen einiger TeilnehmerInnen um die Geheimnisse des Reifenflickens erweist sich auf unserem Weg in das 15 km entfernte Campéigne mehrmals als sehr nützlich. Unser Ziel ist der Cervi-Hof, wo wir mit überlebenden Frauen der Cervi-Familie zusammentreffen. Die sieben

Söhne wurden im Dezember 1943 hingerichtet, weil sie sich geweigert hatten, die obligatorische Lebensmittelabgabe an das faschistische Regime zu leisten und als eine der ersten aus der Region als Partisanen in die Berge gingen.

Ein Teil des Hauses ist heute als Museum gestaltet und beeindruckt durch eine Fülle von Dokumentationsmaterial.

Die anwesenden Frauen, u.a. Maria, die Tochter eines der ermordeten Brüder, mit denen wir nachmittags im Garten zusammensitzen, wollen von uns wissen, wie der Widerstand unserer Familien im Faschismus ausgesehen hat. Leider kann niemand von uns eine/n WiderstandskämpferIn in der Familie vorweisen, vielmehr waren/sind die meisten von uns mit dem (bekannten) Phänomen konfrontiert, daß niemand unserer älteren Verwandten etwas gewußt haben will. „Im Gegensatz zu dem, wie Ihr die Situation hier erlebt habt, war es bei uns überhaupt nicht selbstverständlich, Leute zu verstecken, und heute erst wird das Tabu der vielen Denunziationen von Seiten der Zivilbevölkerung gebrochen“, sagt eine Teilnehmerin.

Unsere positive Einschätzung des italienischen Widerstandes dämpft eine der anwesenden Zeitzeuginnen, denn „hier war auch nicht alles so gut, schließlich konnte sich Mussolini 20 Jahre halten. Der Massenwiderstand hat hier auch erst 1943 angefangen.“ Und der anwesende ältere Genosse ergänzt, daß Reggio Emilia als „rote Provinz“ schließlich nicht repräsentativ für ganz Italien ist.

Die Frauen verabschieden sich gegen Abend, da sie in die Küche zum örtlichen Unita-Fest müssen. Das traditionelle Fest der kommunistischen Partei, die sich seit der „Wende“ PDS (Demokratische Partei der Linken) nennt, bildet auch für uns den Abschluß dieses eindrucksvollen Tages.

Istituto per la storia della resistenza

Eine weitere Station ist das Geschichtsinstitut von Reggio „ISTITUTO PER LA STORIA DELLA RESISTENZA E DELLA GUERRA DI LIBERAZIONE“, das 1967



Wanderung auf den Spuren von PartisanInnen des Zweiten Weltkrieges in Norditalien.
Foto: Jürgen Siegmann.

gegründet wurde, um den Befreiungskampf der 40er Jahre zu dokumentieren. Heute wird es eher zu Forschungszwecken genutzt. Es gehört zu einem Verbund von insgesamt 65 Instituten verschiedener Landkreise in Mittel- und Norditalien, die den Schwerpunkt „Resistenza“ haben und außerdem zur Allgemeinen Zeitgeschichte arbeiten.

In Regio existiert neben dem umfangreichen Archiv (250 Ordner und 7.000 Bücher) auch eine Fotothek, es werden regelmäßig ein Jahresalmanach zu Forschungsarbeiten bzgl. der Regionalgeschichte herausgegeben, Weiterbildungsmaßnahmen mit LehrerInnen und Schulen durchgeführt, Diplomarbeiten betreut sowie Kongresse veranstaltet.

Begrüßt werden wir von Massimo, dem Direktor des Instituts und Mitglied in der Gruppe junger Historiker. Außerdem treffen wir noch jüngere Leute aus zwei Gruppen; bei diesem Termin soll es um antifaschistische Arbeit heute gehen. Die AktivistInnen einer Jugendgruppe innerhalb der anarchistischen Förderung begreifen ihren Schwerpunkt in der kulturellen Arbeit: „Das

Problem ist nicht die politische Rechte, sondern die kulturelle Rechte, ... denn Berlusconi's Propaganda kommt unkommentiert per Fernsehen jeden Abend in alle Wohnzimmer.“ Dem erstarkenden Patriotismus wollen sie Internationalismus entgegensetzen und leben u.a. auch mit Flüchtlingen zusammen. Während der großen Schulstreiks im vergangenen Jahr holten sie im Rahmen einer selbst organisierten Aktionswoche ZeitzeugInnen der Resistenza in die Schule.

Trotz vieler gegenseitiger Abgrenzungsmaßnahmen sind sich die VertreterInnen der Gruppen einig, daß so etwas wie ein „antifaschistischer Konsens“ in Norditalien quer durch alle Parteien (ausgenommen der neofaschistischen MSI/AN) existiert. Diese Meinung wird auch in den zahlreichen Diskussionen mit den ZeitzeugInnen immer wieder formuliert: „Die Erfahrungen von Resistenza und Faschismus sind so prägend, daß sich eine antifaschistische Grundhaltung nicht so leicht verändern läßt.“ - Schwer nachzuvollziehen, gehen wir von unseren Informationen über Lega Nord und Forza Italia aus. -

Eine junge Frau räumt ein, daß der Mythos „Stark sein“ als Konzept von den Rechten vertreten werde, somit sei es bei den Jüngeren „modisch, rechts zu sein.“ Die Linke habe nichts entgegenzusetzen und „viele von uns haben das Grauen des Krieges nie erlebt.“

Welche Bedeutung dieser Krieg für die PartisanInnen hatte, haben wir in dieser intensiven Woche erfahren. Für alle TeilnehmerInnen waren die persönlichen Begegnungen sehr beeindruckend, ebenso wie die Herzlichkeit und das Vertrauen, das uns die ZeitzeugInnen entgegengebracht haben. Wir hoffen, daß wir uns nicht zum letzten Mal begegnet sind!

(Heike Herberg und Sanne Kaperlat sind Mitarbeiterinnen des Bielefelder Büros des Bildungswerks für Friedensarbeit.)

Das Bildungswerk für Friedensarbeit führt diese Seminarfahrt noch einmal vom 01.09. bis 10.09.1995 durch. BF, Alfred Bozi Str. 10, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521 - 179148.



Betrifft: Veranstaltung der Freiwilligen Feuerwehren Hamburgs am 26.3.1995 im Westflügel des Klinkerwerks der KZ-Gedenkstätte Neuengamme



KZ Neuengamme, zeitgenössische Luftbildaufnahme; Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Von Dettlef Garbe

Zum Sachverhalt

Im Herbst letzten Jahres habe ich erstmals über den Pastor des Kirchenkreises Althamburg für Gedenkstättenarbeit und früheren Neuengammer Gemeindepastor Jürgen Köhler von dem Wunsch der Frei-

willigen Feuerwehren der Vier- und Marschlande erfahren, im Anschluß an eine mit anderen Wehren gemeinsam beabsichtigte „Übungs- und Ausbildungsfahrt“ im Klinkerwerk der KZ-Gedenkstätte Neuengamme zusammenzukommen. Auf meinen Hinweis, daß die Gedenkstätte doch, wie er selbst nur zu gut wisse, kein beliebiger Veranstaltungsort sei, erläuterte mir Pastor Köhler, daß die Ortswahl der Feuerwehr

keineswegs nur von dem Wunsch nach einem ausreichend großen Veranstaltungsraum bestimmt sei, sondern daß die Verantwortlichen der Neuengammer Feuerwehr damit beabsichtigen würden, den auswärtigen Teilnehmern der „Übungs- und Ausbildungsfahrt“ auch die Geschichte des Konzentrationslagers Neuengamme näherzubringen. Schließlich könne - worauf der in Fragen der Gedenkstätte sehr engagierte



Herr Köhler stets verweist - es schließlich nicht angehen, daß bei einer Zusammenkunft auswärtiger Gäste ein Bogen um die Gedenkstätte und damit um die gerade in Hamburgs Stadtteil Neuengamme so gegenwärtige Vergangenheit gemacht werde. Einige Zeit später suchte mich ein Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Neuengamme, begleitet von Pastor Köhler, auf, um mir persönlich den Wunsch der Feuerwehr vorzutragen. Das Gespräch fand aufgrund anderweitiger Belastungen „zwischen Tür und Angel“ statt. Ich habe den Herren mitgeteilt, daß sie einen Antrag an die Kulturbehörde richten müssen, da sich diese als Trägerin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Entscheidungen über die Nutzung des Klinkerwerks für Großveranstaltungen selbst vorbehalte.

Mit Kurzbrief vom 13.12.1994 habe ich von der Kulturbehörde eine Kopie des von Herrn Köhler gestellten Antrages vom 22.11.1994 sowie das Antwortschreiben der Senatorin vom 12.12.1994 erhalten. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, ob ich zuvor - wie üblich - mündlich um eine Stellungnahme gebeten worden bin. Ich denke aber, daß ich - wenn dies der Fall gewesen ist - angesichts des mir seinerzeit vorliegenden Informationsstandes bzw. der Angaben im Antrag zu einer Antwort der Art geraten habe bzw. hätte, wie sie von der Senatorin erteilt worden ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil ich aufgrund der bislang guten Kooperation mit der örtlichen Feuerwehr, die der Gedenkstätte u.a. bei der Ausrichtung der alljährlichen internationalen Workcamps technische Unterstützung gewährt, einen angemessenen Umgang mit dem historischen Ort und die notwendige Sensibilität vorausgesetzt hätte.

Am Samstag, den 11.2.1995, hat vor Ort eine Besprechung mit drei Vertretern der Feuerwehr und Herrn Pastor Köhler stattgefunden, bei der von Seiten der Gedenkstätte der Museumswart Jörn Tiedemann und ich teilnahmen. Diese Besprechung diente sowohl der Vorbereitung der von der Feuerwehr für den 26. März angemeldeten

Veranstaltung als auch der Absprache über technische Hilfeleistungen, die die Feuerwehr im Blick auf die Nutzung des Klinkerwerks als Veranstaltungsort für den im Juni stattfindenden Evangelischen Kirchentag angeboten hatte (z.B. Abspermaßnahmen bei Gefahrenpunkten im Klinkerwerk). Bezüglich der Veranstaltung wurden Fragen eines den Besucherverkehr nicht beeinträchtigenden Auf- und Abbaus, der Stellflächen für die Feuerwehrfahrzeuge und für einen Toilettenwagen sowie der Gebäudesicherheit besprochen. Bei diesem Gespräch habe ich erstmals davon erfahren, daß während der Sonntag nachmittags für ca. zwei Stunden geplanten Zusammenkunft auch Musikbeiträge einer Blaskapelle vorgesehen seien. Daraufhin habe ich nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß ein angemessener Ablauf sicherzustellen sei, der dem historischen Ort und den Empfindungen der Gedenkstättenbesucher Rechnung trägt. Auf meine Aussage, die in etwa so lautete: „Um Mißverständnisse zu vermeiden. Der Schneewalzer ist hier fehl am Platz“, wurde mit Kopfschütteln reagiert und erwidert, Tanz- und Marschmusik sei natürlich nicht beabsichtigt. Herr Köhler hat mir gegenüber als der für Gedenkstättenarbeit zuständige Pastor versichert, daß er bei der Veranstaltung selbst anwesend sein werde, einen Vortrag über die Geschichte des KZ Neuengamme halten und überhaupt einen würdigen Ablauf garantieren würde.

Am Veranstaltungstag selbst (Sonntag, den 26.3.1995) war ich nicht in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme anwesend. Um ca. 15.30 Uhr erhielt ich zu Hause - ich lag krank im Bett - einen Anruf von Herrn Holle, der als Übersetzer und ehrenamtlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte seit Jahren die französischen Pelerinagen (Gedenkfahrten ehemaliger KZ-Häftlinge) betreut. Herr Holle war an diesem Tag in der Gedenkstätte, da er die Herren Pinçon (Präsident der Amicale Internationale) und Le Caignec (Schatzmeister der französischen Amicale) begleitete, die in Hamburg waren (was mir leider zuvor nicht bekannt war), um letzte organisatorische Abspra-

chen bezüglich der französischen Teilnehmergruppe an den Veranstaltungen Anfang Mai zu treffen (Hotel, Restaurants etc.). In diesem Telefonat erfuhr ich erstmals von einem Bierwagen, von Würstchen und Geschnetzeltem. Herr Holle bat im Namen von Herrn Pinçon um Aufklärung, da die beiden ehemaligen KZ-Häftlinge ein wenig irritiert gewesen seien. Ich gab die gewünschten Informationen. Ich hatte nicht den Eindruck einer stärkeren Verstimmung, jedenfalls war weder von „Skandal“ noch von „Party“ oder „Feuerwehrfest“ die Rede. Da ich aber gleichwohl durch das Telefonat beunruhigt worden war, rief ich in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme an, um den Museumswart Jörn Tiedemann um einen Bericht über den Veranstaltungsablauf und eine erneute Visite im Klinkerwerk zu bitten. Anschließend haben wir noch einmal miteinander telefoniert. Der Bericht von Herrn Tiedemann verdeutlichte mir zwar, daß einiges stattfand, das zumindest nicht mit mir abgesprochen war (Bierwagen, Abnahme der Holzverschalungen von einigen Fenstern), andererseits vermittelte er aber überhaupt nicht den Eindruck einer aus der Bahn geratenen Veranstaltung, die ein unmittelbares Eingreifen erforderlich gemacht hätte. Wenn tatsächlich Anhaltspunkte für ein „Biergelage mit Marschmusik“ o.ä. vorgelegen hätten, hätte ich ohne Zögern Herrn Tiedemann beauftragt, vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Zur Bewertung

Ungeachtet dessen, daß diese Veranstaltung erneut unter Beweis gestellt hat, welcher Sensibilität es beim Umgang mit dem historischen Ort des ehemaligen KZ Hamburg-Neuengamme bedarf, und selbst unter Berücksichtigung der sicherlich in einigen Punkten der Veranstaltungsdurchführung zu kritisierenden Unbedachtheiten und Insensibilitäten, wobei die Benutzung eines Bierwagens zu Recht Empörung hervorruft, gilt es insgesamt festzustellen, daß die Berichterstattung jener Hamburger Boulevardzeitung, die das vermeintliche „Feuerwehrfest“ aufdeckte, die Wirklichkeit



*Jugendworkcamp 1985, Arbeiten vor dem ehemaligen Klinkerwerk.
Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme.*

weit verfehlt zu haben scheint. Von einer „Party im KZ“, „Bierseligkeit“ und „Bier-Fete“ kann wohl überhaupt nicht die Rede sein. Derartige Verzerrungen sind Ausdruck eines billigen Sensationsjournalismus, der sich die Assoziation zunutze macht, die sich bei vielen einstellen, wenn von einer Zusammenkunft von Feuerwehrleuten nach einer Übung die Rede ist. So werden „Skandale“ produziert und herbeigeredet. Wenn die falschen Bilder erst einmal verbreitet sind, dann haben differenzierte Darstellungen kaum noch eine Chance. Die „weltweite Aufregung“ über das „Feuerwehrfest im KZ“ ist nur zu verständlich - auch ich wäre tief empört -, nur hat ein solches „Fest“ nicht stattgefunden.

Jeder, der die Geschichte der KZ-Gedenkstätte Neuengamme kennt (wozu übrigens die oben genannte Zeitung nicht

gehört, nach ihrer Darstellung wurde das Lager bereits unmittelbar nach Abzug der Briten Gedenkstätte, vgl. Mopo v. 28.3.1995), weiß, wie schwer es sich Hamburg in den Nachkriegsjahrzehnten mit der Erinnerung an die KZ-Verbrechen in Neuengamme gemacht hat, weiß, daß noch heute die Existenz eines Gefängnisses in den Gebäuden des einstigen KZ den historischen Ort überschattet, weiß aber auch, welch große Anstrengungen Hamburger Bürger und der Senat in den letzten 15 Jahren unternommen haben, um Neuengamme zu einem Ort der historischen Aufklärung werden zu lassen. Selbst in dem Ortsteil Neuengamme, dessen Bevölkerung - wie die der anderen Orte, deren Namen sich mit der Existenz eines nationalsozialistischen Konzentrationslagers verbinden - eine Bürde trägt, die eigentlich die aller Deutschen ist, hat sich nach anfäng-

lich weitverbreiteter Ablehnung von sogenannter „Nestbeschmutzung“ in den letzten Jahren zumindest in Teilen der Einwohnerschaft ein Verhältnis zur Gedenkstätte entwickelt, das diesen Ort als Chance begreift, aus der Geschichte für die Gestaltung einer humanen Gegenwart und Zukunft lernen zu können. Ungerechtfertigterweise zugeschriebene „Skandale“ machen diese Ansätze zunichte; jene, die unablässig davon reden, daß das ganze Thema ohnehin nur hochgespielt werde, sehen sich bestätigt.

(Dr. Dettlef Garbe ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.)



Wewelsburg - Volontariatsstelle zu besetzen

- Im Kreismuseum Wewelsburg (Kreis Paderborn) ist die Stelle einer Volontärin / eines Volontärs ab 1.9.1995 zu besetzen. Das Volontariat dauert zwei Jahre. Die Vergütung entspricht den Anwärterbezügen im höheren Dienst.
- Ziel des Volontariats ist es, Wissenschaftler(innen) in museumsspezifischen Kenntnisgebieten auszubilden. Im zweiten Jahr erfolgt dies schwerpunktmäßig im Verlauf eines weitgehend eigenständig wahrgenommenen Projekts. Dem Volontariat liegt ein individuelle Schwerpunkte berücksichtigender Ausbildungsplan zugrunde.
- Das Kreismuseum Wewelsburg ist ein historisches Regionalmuseum.
- Das Burgmuseum in der Wewelsburg mit einer breiten kulturgeschichtlichen Sammlung wird z.Zt. zu einem Historischen Museum des Hochstifts Paderborn ausgebaut (Eröffnung 1996).
- Die Abteilung Wewelsburg 1933 bis 1945, Kult- und Terrorstätte der SS im Wachgebäude dokumentiert die Rolle Wewelsburgs im „Dritten Reich“ und ist Gedenkstätte für die Opfer des KZ Niederhagen.
- Ebenfalls zeitgeschichtliche Akzente setzt die Abteilung Deutsche im östlichen Mitteleuropa im selben Gebäude.

Voraussetzungen für die Bewerbung:

Abgeschlossenes Hochschulstudium im Fach Geschichte (Staatsexamen/Magister, Promotion) mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte (NS, 2. Weltkrieg, deutsche Nachkriegsgeschichte, osteuropäische Geschichte)

Bewerbungsfrist:

31.05.1995

Die üblichen Bewerbungsunterlagen sind zu senden an:

Kreismuseum Wewelsburg
Burgwall 19
33142 Büren-Wewelsburg
Tel.: (02955) 6108

Veranstaltungshinweise

Veranstaltungen der Stiftung Topographie des Terrors:

Bundesweite Gedenkstättenseminare:

25.-28. Mai 1995 in Dachau und Tutzing: Frauen im Konzentrationslager. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing sowie der KZ-Gedenkstätte Dachau und dem Förderverein internationale Jugendbegegnung. Anmeldung und Programm: siehe Einlage im letzten Rundbrief. Nachfragen an: Thomas Lutz, Tel: 030-254509-15.

19.-22. Oktober 1995 in Oranienburg: Fragen der Gestaltung der Gedenkstättenengelände. In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Sachsenhausen und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das detaillierte Programm wird im Sommer im Gedenkstättenrundbrief abgedruckt werden.

Weitere Veranstaltungen:

6.-8. Oktober 1995 in Ulm und Bad Boll: Frühe Lager. Zum Forschungsstand und der pädagogischen Arbeit in Gedenk-

stätten an Orten früher Konzentrationslager. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Bad Boll und dem DOZ Oberer Kuhberg Ulm. Anmeldung und Programm: werden im Sommer als Beilage des Gedenkstätten-Rundbriefs veröffentlicht.

Veranstaltungen anderer Träger:

12.-14. Mai in der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Schleswig-Holstein: Tagung des Arbeitskreises zur



Erforschung der nationalsozialistischen "Euthanasie" und Zwangssterilisation. Kontakt: Dr. Harald Jenner, Rosenbrook 8, 22453 Hamburg. Tel: 0407511-9335; Fax: -9782.

24.-29. Mai nach Oswiecim/Polen: Friedenssternfahrt des Motorclub Friedrich-Angels Berlin in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.. Kontakt: Wolfram Brandt, Großbeerenstraße 78a, 10963 Berlin. Tel: 030-251-6251; Fax: -0176.

19.-21. Juli: Stadtmuseum München: Überlebt und Unterwegs. Internationale Konferenz zur Lage und Lebenswelt der jüdischen Displaced Persons 1945-1949; veranstaltet vom Fritz Bauer Institut Frankfurt. Kontakt: Fritz Bauer Institut, Bockenheimer Landstraße 104, 60323 Frankfurt, Tel: 069-7472-90, Fax: -97.

24.-26. Oktober: Terezin/CR: Wissenschaftliche Konferenz "Theresienstadt 1945-1995. Geschichte des Ghettos Theresienstadt und ihre europäische

Dimension". Kontakt: Památník Terezín, Dr. Vojtěch Blodig, Prínzipova aley 304, CR 41155 Terezín, Tel: 0042-416-92245.

22.-26. November: Weimar-Buchenwald: "Die nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 - 1945. Entwicklung und Struktur". Tagung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg mit begrenzter Anzahl von Teilnehmenden, Kontakt: Forschungsstelle, Schulterblatt 36, 20557 Hamburg, 040-431397-20; Fax: -40.

Literatur- und Ausstellungshinweise

Literatur:

Rürup, Reinhard (Hg.): Berlin 1945 - eine Dokumentation. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der ehemaligen staatlichen Kunsthalle in Berlin, Budapester Straße. Berlin, Arenhövel: 1995.

Steininger, Rolf: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa - USA - Israel. 2. Aufl. Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar: 1994, 498 S. (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems ; 1).

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste: Sommerlager 1995. Broschüre Selbstverlag, Berlin 1995, 28 S. (Die Broschüre ist zu beziehen über: ASF, Auguststr. 80, 10117 Berlin).

Lustig, Arnost: Finsternis wirft keine Schatten. Luchterhand Literaturverlag, München: 1992, 254 S.

Paul, Christa: Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus. Edition Hentrich, Berlin: 1994, 141 S. (Reihe Deutsche Vergangenheit ; 115).

Müller-Tupath, Karla: Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des

Anton Burger, Lagerkommandant von Theresienstadt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg: 1994, 199 S.

Das Lagerliederbuch. Lieder gesungen, gesammelt und geschrieben im Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin 1942. 4. Aufl., Verlag "pläne" GmbH, Dortmund: 1983, 188 S.

Szafran, A. W. / Thanassekos, Y.: Un deuil perpétuel. Bulletin trimestriel de la Fondation Auschwitz No. Spécial 46, janvier-mars 1995, Brüssel: 1995, 87 S.

Vogel, Hans-Joachim (Hrsg.): Gegen Vergessen - Für Demokratie. Piper, München/Zürich: 1994, 61 S. (Serie Piper aktuell 2012)

Holocaust Resource Center and Archives (Hrsg.): Association of Holocaust Organizations. Selbstverlag, New York: 1995, 135 S. (Die Broschüre erscheint jährlich und ist kostenlos zu beziehen über: Holocaust Resource and Archives, Queensborough Community College The City University of New York, Bayside, NY 11364-1497).

August, Jochen: Annäherungen an Auschwitz. Ein Versuch. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin: 1995, 37 S.

(Nachdruck aus der POLIS-Reihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung).

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen (Hrsg.): Gewalt unter Jugendlichen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Erfurt: 1995, 117 S.

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung (Hrsg.): Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortung von Politik und Medien. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 22. und 23. März 1993 in Potsdam. Bonn: 1993, 125 S. (Gesprächskreis Arbeit und Soziales ; 21).

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat Frankfurt e.V.: 1945 1995 : Aus der Befreiung leben! Themenheft. Selbstverlag, Bad Nauheim: 1995, 108 S. (Das Heft ist zum Preis von DM 15,- zu beziehen über: Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat Frankfurt e.V., Postfach 1445, Otto-Weiß-Straße 2, 61231 Bad Nauheim).

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Geschichtsrundbrief Neue Folge 5. Themen:



Vom Umgang mit dem Nationalsozialismus in der BRD und der DDR; Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Düsseldorf/Recklinghausen: 1994, 96 S.

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.: Juden in Sachsen. Ihr Leben und Leiden. Evangelische Verlagsanstalt Leipzig: 1994, 120 S.

Jüdisches Adressbuch für Gross-Berlin Ausgabe 1931. Berlin, arani-Verlag: 1994.

Arge Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit: Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit - Ein Handbuch. Zu beziehen: Landesjugendreferat Steiermark, Kameliterplatz 2, A-8011 Graz, 0316/877-2907, Fax: /877-4388.

Stegmann, Wolf, Thomas Ridder: Der 20. Juli 1944. Die Schulenburgs - Eine Familie im tragischen Konflikt zwischen Hochverrat und Gehorsam. Katalog und Lesebuch zur gleichnamigen Wanderausstellung, Dorsten: 1994.

Gedenkstätte für Opfer der NS-"Euthanasie": Materialsammlung zur politischen Bildung. Zu beziehen über die Gedenkstätte, c/o Landeskrankenhaus Bernburg, Postfach 90, 06392 Bernburg, Tel. und Fax: 03471-22149.

Gedenkstätte Buchenwald (Hg.): Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945. Begleitheft zur historischen Ausstellung.

Weimar-Buchenwald: 1995. Zu beziehen über: Gedenkstätte Buchenwald, 99427 Weimar-Buchenwald. Tel: 03643-4300; Fax: 03643-43100.

Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation. Göttingen, Sammlung Vandenhoeck, 1995.

le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen 1939-1945. Paris, Verlag Tirésias, 1995.

Landesjugendring Niedersachsen (Hg.): Spuren suchen Spuren sichern. Die Arbeit der Jugendverbände in Bergen-Belsen. Hannover: 1995. Zu beziehen über: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Maschstraße 24, 30169 Hannover, Tel: 0511/8050-55; Fax: -57.

Faber, Richard: Erinnern und Darstellen des Unauslöschlichen - Über Jorge Semprún KZ-Literatur. Berlin, edition tranvia, 1995.

Schumacher, Martin (Hg.): M.d.R.. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. 3., erheblich überarbeitete und erweiterte Auflage. Düsseldorf, Dorste, 1994.

Hinweise der Sachverständigenkommission Mauthausen: Gedenkstätte Mauthausen. Zu beziehen über: Institut für

Geschichte der Universität Wien, Dr. Bertrand Perz, Rotenhausgasse 6, A-1090 Wien, Fax: 00431/405449933.

Ausstellungen:

Architekturmuseum München: Bauen im Nationalsozialismus - Bayern 1933-1945.

Zur Ausstellung gibt es einen gleichnamigen Katalog. Die Ausstellung besteht aus 120 Tafeln ca. 100 x 120 cm. Man kann Themen und Tafeln nach Belieben auswählen. Transportkosten und Versicherung müssen von Verleiher getragen werden, Verleihgebühren werden nicht erhoben.

Kontakt: Prof. Dr. Winfried Nerdinger, Technische Universität, Architekturmuseum, Arcisstraße 21, 80337 München, Tel: 089-2105-2493.

Minnesota Center of American Art: Witness & Legacy: Contemporary Art About The Holocaust. Die Ausstellung benötigt mindestens 1.300 Quadratmeter und kostet für acht Wochen 10.000 US-Dollar. Kontakt: Paul Spencer, Associate Curator, Minnesota Museum of American Art, Landmark Center, 75W. 5th St., St. Paul Mn 55102-1486. Tel: 001-612-292-4392. Fax: -4340.

Buchbesprechungen

Zu einer Mikrokosmologie deutsch-jüdischen Landlebens

von Ute Daub

Nidderau, eine bei der hessischen Gebietsreform aus fünf zuvor selbständigen Gemeinden gebildete Kleinstadt von 18.000 Einwohnern, liegt im Südosten der Wetterau, die im Norden Frankfurts beginnt.

Anfang der achtziger Jahre zog eine Grundschullehrerin aus Köln in die Nidder-

aer Braugasse. Als sie sich mit ihrer neuen Umgebung vertraut machte, entdeckte sie, daß diese Straße zuvor „Judengasse“ geheißen hatte und daß ihr Grundstück an die Mauer, die das Judenghetto umschloß, grenzte.

Die folgenden zehn Jahre verbrachte sie damit, der Geschichte der Juden und Jüdinnen in drei der fünf jetzt zu Ortsteilen herabgesunkenen Gemeinden, der ehema-

ligen Stadt Windecken und der Dörfer Heldenbergen und Ostheim, nachzugehen. Ihre Methode - ein Begriff, den sie damals wohl nicht zur Beschreibung ihrer Aktivitäten verwandt hätte, kam es ihr doch „nur“ darauf an, den Ort möglichst vollständig kennenzulernen, in dem zu leben sie sich entschlossen hatte - hätte man vor ein, zwei Jahrzehnten der „Aktionsforschung“ zugerechnet. Denn als Ergebnis der glei-



chermaßen mühevollen wie befriedigenden Auseinandersetzung, die damals begann, liegt uns nicht nur ein außergewöhnliches Buch vor, mit 540 Seiten im DIN A 4-Format und drei Kilo Gewicht für sich genommen schon konkret und schwerwiegend (auch unhandlich) genug.

Sichtbares Produkt dieses Prozesses sind unter anderem auch geänderte Straßenschilder, versetzte Steine, von der Lehrerin aus Nidderauer Äckern ausgegraben und hunderte Kilometer weiter auf dem Boden ehemaliger Sammellager als Grabsteine wieder aufgestellt, restaurierte jüdische Friedhöfe, Ausstellungen und Veranstaltungsreihen im Heimatmuseum, die ob ihrer Anziehungskraft jedweden Rahmen des dem Dorf Vertrauten sprengen.

Immaterielles Ergebnis dieser psycho- und soziohistorischen Rekonstruktionsarbeit sind die in ihrer Vielfältigkeit kaum zu beschreibenden, hoch emotionalen Prozesse, welche die Bevölkerung der drei Gemeinden, durch das Beispiel der auswärtigen Lehrerin angeregt und geschult, durchmacht(e) bei der Wiederaneignung der eigenen, mutwillig abgetrennten kollektiven Geschichte, beim Wiederentdecken vertriebener Nachbarinnen und Nachbarn, beim Wiedersehen mit den aus Israel, Nordamerika und Australien zu Besuch Zurückkehrenden, deren Häuser sie heute bewohnt, mit deren Möbeln sie oft heute noch lebt.

Selten hat eine miserable Quellenlage so viel Positives gezeigt, zwang sie doch alle Beteiligten, die Autorin, die aus Nidderau vertriebenen Jüdinnen und Juden, die überlebten, und ihre früheren Nachbarinnen und Nachbarn, die sie vertrieben hatten, bzw. ihre Verfolgung protestlos hingenommen und von ihr profitiert hatten, zur Langsamkeit: Zu einem schrittweisen, sich über zehn Jahre erstreckenden, Atempausen gewährenden Prozeß der wechselseitigen Wiederannäherung und Konfrontation. Auch als Dokument dieser Erfahrung, als Ausdruck einer wie auch immer gestalteten, jedoch irreversiblen, schwierigen Wiederaneignung eigneten sich die Nidderauer das sie betreffende „Jüdische Landleben“ an, kauften seine erste Auflage in nur acht Wochen auf.

Dabei ist Kingreens Buch fast inkommen-surabel. Neben der sorgfältigen Rekonstruktion der jahrhundertelangen Geschichte der jüdischen Gemeinden in Windecken, Ostheim und Heldenbergen erfüllt es in seinem Hauptteil für den Zeitraum unseres von der Massenvernichtung gezeichneten Jahrhunderts die Funktion eines zeitgenössischen Memorbuchs: Alle Jüdinnen und Juden der drei Gemeinden, deren Spuren die Autorin auffinden konnte, werden von ihr so persönlich, wie es ihr möglich war, porträtiert; als Hilfsmittel dienen ihr vielfältige Dokumente, Zeugenaussagen und mehr als 600 Fotografien. Kingreens Leitidee, gegen die „Beleidigung ohne Beispiel“ vorzugehen, „von den Juden als ... einer geschlossenen Gruppe zu sprechen und über den Millionen die Einzelnen, die Sänger, Debattierer, Käuze, Ehren-männer und Ganoven zu vergessen“ - so ein der Arbeit vorangestelltes Motto von Walter Jens -, hat sie auf die mich erschütterndste Weise wahr gemacht, wenn wir, in die Geschichte der Ostheimer Familie Levi vertieft und durch Fotos mit ihren einzelnen Mitgliedern bekannt gemacht, uns dann mit (der NS-Forschung wohl vertrauten, hundertfach reproduzierten) Fotos einer Deportation (am 31.05.1942, aufgenommen am Hanauer Hauptbahnhof; abgebildet sind ein Personenzug 3. Klasse und die Bahnhofshalle) konfrontiert sehen und diese Fotos plötzlich „lesen“, dechiffrieren können, sie jetzt, da wir die zum letzten Mal in ihrem Leben (zu Propagandazwecken) Abgebildeten kennen, neu sehen lernen.

Eine weitere Stärke des Buches liegt in der Fähigkeit der Autorin, Ambivalenzen offen zu halten, sie nicht philosemitisch und damit latent antisemitisch zu verkleistern. Dafür ein kleines Beispiel: Hätte es in Nidderau eine nach der Religionszugehörigkeit differenzierte Berufszählung gegeben, wäre ermittelt worden, daß unter den Juden die Metzger die größte Berufsgruppe bildeten. Dementsprechend zeigt das Titelbild die männlichen Mitglieder einer Familie, die sich versammelt haben (und stolz posieren), eine Kuh nach den rituellen Vorschriften zu schächten. Argumenten vorzubeugen, derartige Fotos stimulieren

den durchwegs vorhandenen Antisemitismus deutscher Tierschützer und -schützerinnen und daher müsse auf ihre Reproduktion verzichtet werden, liegt Kingreen glücklicherweise fern.

Auch sonst entgeht sie den mannigfachen Versuchungen der Projektion, der Verharmlosung, der Einebnung von Unterschieden, der Idealisierung, der Distanzlosigkeit etc. pp., die das Thema, angesichts unserer emotionalen Verstricktheit in es, anzufachen vermag.

Sozialgeschichtlich interessant sind die großen sozialen, ökonomischen, kulturellen, religiösen und politischen Differenzen, die die drei dicht beieinander liegenden kleinen Ortschaften in unerwartetem Ausmaß voneinander trennen - ein Thema, das Kingreen nicht systematisch aufgreift, zu dessen gleichsam sekundärstatistischer Bearbeitung, gerade unter der Fragestellung eines deutschen Sonderwegs der Judenemanzipation bzw. -Assimilation, sie indirekt jedoch jede Menge Material bereitstellt. Hessen ist bekannt für seine historischen gemeindesoziologischen Fallstudien, in denen die jüdische Bevölkerung allerdings in der Regel keine Rolle spielt; hier könnte diesem Mangel am Beispiel einer Region mit einer geradezu ideal geringen sozialen und geographischen Mobilität abgeholfen werden.

Schade ist, daß die Gelegenheit der Neuauflage nicht genutzt wurde, einige kleinere Mängel des Buchs zu beheben. Um sich in der Fülle der bereitgestellten Informationen zurechtzufinden, wären Register dringend erforderlich. Auch wissen wir heute viel mehr über das, was an den Orten vornehmlich Ostmitteleuropas geschah, die Ziele der Deportationen deutscher Jüdinnen und Juden waren, als vor zehn Jahren, der Zeit, zu der die Autorin ihre diesbezüglichen Recherchen vermutlich abschloß.

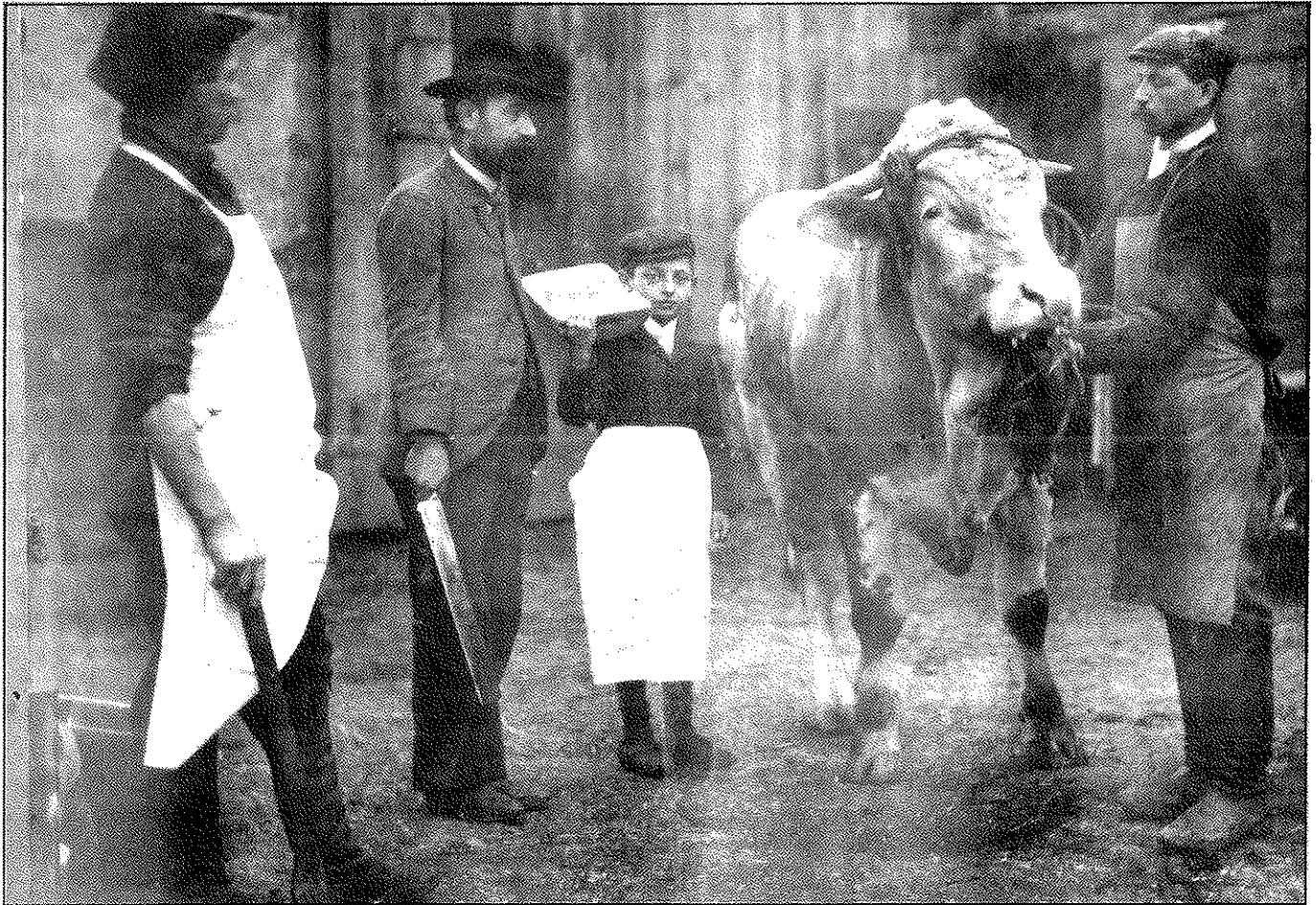
Zu wünschen ist dem Buch, an dem sich künftig alle regionalhistorischen Studien über die jüdischen Landgemeinden Deutschlands zu messen haben werden, wie dem CoCon-Verlag, der sich durch angemessen sorgfältig und liebevoll gestaltete Bücher zur jüdischen Regionalge-



schichte im südhessischen Raum einen Namen gemacht hat, zu wünschen ist beiden also, daß sich die zweite Auflage

ebenso gut verkauft wie die erste, auf daß die Autorin unterdessen Atem schöpft für eine verbesserte und erweiterte dritte!

Monica Kingreen: Jüdisches Landleben in Windecken, Ostheim und Heldenbergen. 2. Auflage, Hanau: 1995.



Titelfoto des Buches von Monica Kingreen.

„Des Lebens Wert“

von Irmela Roschmann-Steltenkamp

Den Zeitpunkt des eigenen Todes selbst bestimmen können: in einer schweren Krise das Recht auf Selbstmord; bei schwerer und unheilbarer Krankheit das Recht, von weiterer medizinischer Versorgung abzusehen und in Ruhe zu sterben oder um Medikamente zu bitten, die den Tod herbeiführen.

Wie sollen sich Ärzte/-innen dieser Frage gegenüber verhalten? Dürfen sie dem

Todeswunsch ihrer Patienten entsprechen und aktive Sterbehilfe leisten, oder müssen sie Leben um jeden Preis erhalten? Bei kranken Menschen, die keinen Sinn mehr in ihrem Leben sehen und es nur als Quälerei empfinden; bei Menschen, die nur noch durch Maschinen am Leben erhalten werden, seit langem im Koma liegen; bei Menschen, deren fortgeschrittene Krebserkrankung kaum noch bzw. keine Hoffnung auf Heilung erwarten läßt...? Die Liste der Situationen, in denen man der Sterbehilfe seitens der Ärzte zustimmen könnte, um

die Todkranken in Ruhe und Menschenwürde sterben zu lassen, ließe sich beliebig verlängern.

Seit längerem wird hierzulande die Frage 'Sterbehilfe ja oder nein' konträr diskutiert. Die Befürworter argumentieren mit der Menschenwürde, die verletzt werde, wenn man unheilbar krank und mit starken Schmerzen dahinsieche und nur noch auf den Tod warte, der durch die medizinische Behandlung künstlich hinausgeschoben werde. Die Gruppe derjenigen, deren Lebens-Sinn die Befürworter anzweifeln und



bei denen folglich Sterbehilfe positiv zu bewerten ist, umfaßt über die o.g. unheilbar Kranken hinaus, Neugeborene, die mit einer schweren Behinderung auf die Welt kommen. Diese würden ihr gesamtes Leben unter ihrer Behinderung zu leiden haben, kaum oder gar keinen Anteil am „normalen“ Leben nehmen können und ausschließlich auf fremde Hilfe angewiesen sein. Fruchtwasseruntersuchungen von Schwangeren machen es heute möglich, bereits frühzeitig eventuelle Behinderungen des Babys zu diagnostizieren und stellen die werdenden Eltern vor die Entscheidung, bei einer vorauszusehenden Behinderung das Kind abzutreiben oder es auszutragen. Auch die ärztliche Nicht-Versorgung schwerbehinderter Neugeborener wird unter der Prämisse des Mitleids diskutiert: ihnen soll ein qualvolles Leben erspart bleiben.

Als eine Kategorie eines „Lebenswerten“ Lebens gilt bei den „Euthanasie“-Befürwortern der Verstand und damit zusammenhängend die Fähigkeit zu Kommunikation: wer kommunizieren und aktiv an seiner Umwelt teilnehmen könne, dessen Dasein besitze einen Wert; wer zu dieser Kommunikation nicht in der Lage zu sein scheine, gilt als krank oder behindert und ihm/ihr wird ein Leiden an der eigenen Existenz nachgesagt. In der Terminologie der „Euthanasie“-Debatte wird zwischen 'Menschen' und 'Personen' unterschieden: erstere führen ein „lebenswertes“, erfülltes Leben, letztere seien aufgrund von Krankheit, Behinderung o.ä. dazu nicht in der Lage. Um das Leiden der sog. 'Nicht-Kommunikationsfähigen' abzukürzen bzw. zu verhindern, wird die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe gefordert.

In die Diskussion um legale „Euthanasie“ trat der 1987 gegründete „**Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten**“ (BEZ) mit einem Forum „Gegen die neue Lebensunwert-Diskussion. Nie wieder 'Euthanasie'!“ ein, das am 10. November 1993 in Bonn unter der Schirmherrschaft von Frau Rita Süßmuth stattfand. Die dort gehaltenen Beiträge werden in dem Buch von Ute Daub und Michael Wunder (Hrsg.) „**Des Lebens Wert. Zur**

Diskussion über Euthanasie und Menschenwürde“ (Lambertus Verlag, Freiburg/Brsg. 1994) einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Die Publikation enthält Einzelaufsätze, die von verschiedenen Ansatzpunkten aus die heutige „Euthanasie“-Debatte beleuchten und so für Außenstehende der Diskussion ein breites Spektrum an Informationen liefern. Angesprochen werden: die Seite der Betroffenen, juristische, medizinische, pädagogische, ethische und psychologische Aspekte - es entsteht ein abgerundetes Bild, das detailliert auf problematische, gefährliche und fragwürdige Inhalte der Sterbehilfe hinweist und Nachdenklichkeit bezüglich der Argumentation der „Euthanasie“-Befürworter hervorruft (insofern diese nicht sowieso schon besteht und dann durch das vorliegende Buch noch bestärkt wird). In den einzelnen Aufsätzen werden klare Positionen bezogen, sie stehen eindeutig auf der Gegner-Seite der „Euthanasie“ und müssen dieses auch, da die Beteiligten alle in irgendeiner Weise betroffen sind/wären von den Vorhaben, die zustande kämen, sollte die „Euthanasie“ so legalisiert werden, wie die Befürworter es sich vorstellen. Oder sie sind bereits betroffen von den „Euthanasie“-Aktionen des Dritten Reiches.

Mehrere Beiträge weisen auf die stark belastete Vorgeschichte der „Euthanasie“ in Deutschland hin, die von der heutigen Diskussion nicht abgespalten werden könne (wie es bisher meist geschehe), sondern vielmehr besonders betont und bearbeitet werden müsse. Der Historiker *Hans-Walter Schmuhl* thematisiert die Ähnlichkeiten der „Euthanasie“-Debatten vor dem 1. Weltkrieg und heute und warnt, daß eine solche „Euthanasie“, wie sie im Dritten Reich stattfand, auch heute wieder bei uns möglich sein könnte, da die Ansätze, die zur Ermordung Behinderter u.a. durch die Nationalsozialisten führten, den heutigen ähnlich seien. Überschneidungen der Debatten sind:

- Das Denken in 'Lebenswerten' und die säkulare Wertbestimmung eines Menschen, die am Parameter der Vernunft

festgemacht werde (der Mensch an sich besitzt allein durch seine Existenz keinen Wert, sondern muß diesen durch Erfüllung bestimmter Kategorien erst 'beweisen').

- Jeder solle über seinen Tod selber und freiwillig entscheiden (wobei die Frage gestellt werden müsse, was eigentlich 'freiwillig' bedeute und wer sich freiwillig wofür entscheiden könne).
- Bei denjenigen, die über ihren Tod nicht selbst entscheiden können, dürfe der Staat das Recht auf Sterbehilfe ausüben (und könne dieses Recht leicht mißbrauchen).
- Der Kreis derjenigen, bei denen über Sterbehilfe nachgedacht werde, da ihr Leben keinen Wert besitze, erweitere sich langsam.
- Die „Euthanasie“-Debatte trete in ökonomischen Krisenzeiten besonders heftig hervor und stelle in diesem Zusammenhang eine Kosten-Nutzen-Analyse dar.

Rita Süßmuth, Schirmherrin des Forums, und *Klara Nowak*, Gründerin und Bundesvorsitzende des BEZ, setzen sich mit der „Euthanasie“ im 3. Reich auseinander und klammern auch die für die Betroffenen erniedrigenden Prozeduren nach 1945 (bis heute!) für Entschädigungen seitens der Bundesregierung nicht aus.

Seit den 20er Jahren waren „Rasseygiene“ und „-kunde“ pseudowissenschaftliche Fachrichtungen, die ab 1933 in die Praxis umgesetzt wurden. Den Anfang machten die sog. Nürnberger Gesetze, ab 1939 wurden systematisch behinderte Kinder getötet, und nach dem Einmarsch der Deutschen in Polen dehnte man die Ermordung Behinderter auch auf Erwachsene aus. Das Töten geschah durch „medizinische“ Injektionen, durch Aussetzung der medizinischen Behandlung oder durch Verhungernlassen der Pflegebedürftigen. Aufgrund heftiger Proteste aus der Bevölkerung wurde das „Euthanasie“-Programm 1941 ausgesetzt, das Töten ging jedoch inoffiziell in den Krankenhäusern und Heimen weiter. Parallel zu diesen Ermordungen wurde von 1933-45 die



Zwangssterilisation an denen durchgeführt, die der Staat für nicht 'fortpflanzungswürdig' ansah (Klara Nowak spricht von 350.000 bis 400.000 Betroffenen, von denen heute noch ca. 40.000 leben).

Die Gruppe der vom „Euthanasie“-Programm Betroffenen weitete sich mit der Zeit von den Kranken und Behinderten auf Altersheiminsassen, Obdachlose und sog. „Asoziale“ aus; die Tötung dieser Menschen muß laut Frau Süßmuth in engem Zusammenhang zur „Endlösung der Judenfrage“ und zur Liquidierung der KZ-Insassen gesehen werden, sowohl bezüglich der Gruppe der Ausführenden als auch bezüglich der technisch-organisatorischen Durchführung.

Nach 1945 mußten die Überlebenden meist allein mit ihrem Schicksal fertig werden, fanden kaum Unterstützung und Hilfe und sind bis heute (!) nicht als Opfer im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes anerkannt. Sie mußten sich, um jedenfalls eine einmalige Zahlung vom Staat zu erhalten, erniedrigenden Untersuchungen aussetzen. Der BEZ hat sich zum Ziel gesetzt, die Isolation der Überlebenden der Euthanasie-Aktionen zu durchbrechen und endlich die schon lange überfälligen Entschädigungen durchzusetzen.

Vor dem Hintergrund der „Euthanasie“ im Dritten Reich fordert Frau Süßmuth eine Verfassung, die für den Schutz des Lebens so deutlich wie möglich sein und die „Euthanasie“-Frage in juristischen, medizinischen, ethischen und historischen Aspekten behandeln muß. Da der Begriff 'Selbstbestimmung des Todes' sehr leicht mißbraucht werden könne, müsse man ihn restriktiv handhaben. Eine Diskussion um den Wert eines Menschenlebens dürfe nicht geführt werden, jeder Mensch habe dasselbe Lebensrecht und dieses sei unangreifbar.

Mit juristischen Fragestellungen bezüglich der „Euthanasie“ beschäftigt sich *Theresia Degener*: die Täter des 3. Reiches wurden nach 1945 kaum oder gar nicht verfolgt/bestraft, da sie angeblich aus Mitleid gehandelt oder sogar durch Tötung die Behinderten vor einem schwereren Schicksal bewahrt hätten. Heute gelte die Tötung

Behinderter nur als Totschlag, nicht aber als Mord; Euthanasie an Neugeborenen werde so gut wie gar nicht angezeigt. Selbstmord Behinderter interpretiere man als Akt der Selbstbestimmung, während der Selbstmord 'Gesunder' verpönt sei. Die Autorin kommt zu dem Schluß, daß Behinderte auf allen Ebenen der Gesellschaft ausgegrenzt werden und fordert im Namen des „Initiativkreises Gleichstellung Behinderter“ und des „Arbeitskreises behinderter Juristen und Juristinnen“ auf rechtlicher Ebene Festschreibungen zur Integration dieser Gruppe:

- Verfassungsänderungen dahingehend, daß Behinderte explizit gleichberechtigt sind.
- Bindung der Träger der öffentlichen Gewalt an diesen Gleichstellungsgrundsatz.
- Rückgängigmachung und Verhinderung von Ausgrenzung.

Auf die Absurdität der Rechtfertigung des eigenen Lebens für die Behinderten weist *Udo Sierck* in seinem Beitrag hin. Kranken, Behinderten, Alten werde das Lebensrecht abgesprochen mit dem Argument, ihr Leben sei nicht mehr menschenwürdig, ohne zu hinterfragen, ob die Sichtweise der 'Gesunden' die einzig richtige sei. Behinderten, die leben wollen, werde Egoismus vorgeworfen, in unserer Gesellschaft sei die „Eugenik von unten“ (d.h. Gewalt gegen Behinderte, Beschimpfungen in der Öffentlichkeit etc.) bereits weit verbreitet, „Euthanasie“ treffe auf große Akzeptanz in der Bevölkerung und die gegenwärtig geführte „Euthanasie“-Debatte lasse die Tötung Behinderter als liberal und Erlösung der Betroffenen erscheinen. Sierck plädiert für eine Änderung der Sichtweise: das Leben Alter, Kranker und Behinderter dürfe nicht mehr als „Lebensunwert“ gesehen werden, es komme vielmehr darauf an, diese Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren und nach Lösungen zu suchen, wie z.B. der Lebensabend älterer Menschen positiv gestaltet werden könne.

Für die Integration behinderter Kinder in Kindergärten und Schulen setzt sich *Georg*

Feuser ein. Er lehnt eine gesellschaftliche Ausgrenzung vehement ab und sieht die „Erlösungstheorie“, d.h. die Tötung Behinderter unter dem Deckmantel, sie damit zu erlösen, als eine Hilfskonstruktion derjenigen an, die sie aufgebracht haben. Auch oder bzw. gerade den Ausgegrenzten müsse die volle Entwicklung ihrer ihnen eigenen Möglichkeiten gegeben werden, da kein Mensch jemals 'fertig' sei, sondern sich vielmehr immer weiterentwickle. Jemanden als „unwert“ zu klassifizieren, bedeute, ihm sein Entwicklungspotential zu nehmen.

Einen zusammenfassenden Überblick über die Kritik an den „Euthanasie“-Befürwortern geben die Beiträge von *Michael Wunder* und *Ute Daub/Klaus Dörner*. Wichtige Punkte dieser Beiträge sind:

- Die Befürworter wehren sich gegen einen Vergleich mit dem 3. Reich, da die heutige „Euthanasie“ 'selbstbestimmt' und nicht von außen gelenkt sei. Die Autoren meinen, zu fragen sei jedoch nach der genauen Definition von 'selbstbestimmt': Wer bestimme für die, die nicht in der Lage seien, ihren Tod oder ihr Leben zu fordern? Es sei zu beachten, daß „Euthanasie“-Befürworter sowohl das Recht auf den eigenen Tod, als auch das Recht auf Tötung fordern.
- Die „Euthanasie“-Befürworter setzen die Menschenwürde außer Kraft, da sie die persönliche Autonomie eines jeden Einzelnen über den Gleichheitsgrundsatz stellen.
- Für Sterbehilfe werde mit Mitleid und der Erlösung von Leiden und Schmerzen argumentiert. Aber: Wer leide eigentlich worunter, der Kranke unter seiner Krankheit, oder die Gesellschaft unter dem Anblick der Kranken?
- Im Hintergrund der „Euthanasie“-Debatte stehen - meist unausgesprochen - immer auch ökonomische Interessen.

Die drei Autoren sehen die „Euthanasie“ gleichermaßen als den falschen Weg an, die heutigen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die von den 'Gesunden' definier-



ten Randgruppen dürfen nicht ausgegrenzt und getötet, sondern müssen vielmehr in die Gesellschaft integriert werden. Sowohl der langsame Prozeß des Sterbens, als auch die Geburt und das Leben Behinderter gehöre zum Leben. Eine Ethik, die alle Menschen gleichberechtigt sein lasse, sei heute unbedingt erforderlich.

Einen 'Blick über den Tellerrand' werfen *Chris Rutenfrans* und *Mark Richartz* durch ihre Erläuterungen der „Euthanasie“ in den Niederlanden. Auf den ersten Blick erscheint die dort liberaler gehandhabte Sterbehilfe positiv, aber beide Autoren weisen auf Schwachstellen und Mängel der Vorgehensweise hin. Eigentlich steht die Sterbehilfe auch in den Niederlanden unter Strafe, bei Erfüllung bestimmter 'Ausnahmekriterien', im Falle des sog. „übergesetzlichen Notstandes“, wird sie jedoch strafrechtlich nicht verfolgt (Bitte des Patienten um den Tod, unheilbare Krankheit, Entscheidung für den Tod muß bewußt getroffen sein, Beratung des behandelnden Arztes mit einem anderen Arzt...). Diese Aussetzung des Strafverfahrens ist weiterhin daran geknüpft, daß der Sterbehilfe leistende Arzt nicht selbst den Totenschein ausfüllen darf und die Sterbehilfe offiziell melden muß. Mit der letztgenannten Maßnahme soll die tatsächlich geleistete Sterbehilfe erfaßbar werden.

Rutenfrans kritisiert an diesem Vorgehen, daß die vorgeschriebenen Richtlinien allzu leicht umgangen werden können und ihre Einhaltung kaum zu kontrollieren sei. Nach wie vor sei die „inoffizielle“ Euthanasie in den Niederlanden sehr hoch: der behandelnde Arzt stelle den Totenschein doch selber aus, Meldungen der geleisteten Sterbehilfe unterblieben, auch ohne Aufforderung seitens des Patienten werde Sterbehilfe geleistet... Darüber hinaus sei weit verbreitet, bei sog. „lebensunwerten“ Leben die medizinische Behandlung auszusetzen und die Patienten sterben zu lassen. Für Rutenfrans stellt sich die Frage, ob und wie der Sterbewunsch eines Patienten überhaupt zu kontrollieren sei, und er sieht eine große Gefahr darin, daß Ärzte zur letztendlichen Instanz werden, die über Leben und Tod entscheiden können.

Richartz weist darauf hin, daß die individuellen Menschenrechte von den Sterbehilfe-Befürwortern instrumentalisiert werden und daß das, was als 'gut' gelte, bei der Überführung in Recht und Gesetz leicht 'absolutistisch' werden könne. Dennoch müsse über „Euthanasie“ und Selbstbestimmung des Todeszeitpunktes (u.a. auch bei Selbstmordwunsch) offen diskutiert werden, da eine Erhaltung des Lebens um jeden Preis, wie sie z.B. bezüglich der Abtreibung und Familienplanung von der katholischen Kirche vertreten werde, ebenso wenig die letztgültige Antwort auf diese Probleme sein könne.

Die Publikation macht deutlich, daß allein durch die Legalisierung der Sterbehilfe bestimmte gesellschaftliche Probleme nicht gelöst werden können, sondern vielmehr zahlreiche andere Fragen und Schwierigkeiten auftreten, die in der laufenden Diskussion unbedingt beachtet werden müssen:

- Bis heute werden die Opfer der „Euthanasie“ des 3. Reiches wenig oder gar nicht entschädigt, da sie keine ausreichende Lobby besitzen; diese Tatsache könnte ein Hinweis darauf sein, daß Behinderte und Kranke auch in der Diskussion um die Legalisierung der „Euthanasie“ heute unterlegen sind und sich gegen die von den 'Gesunden' gemachten Vorschläge nicht wehren können.
- Die „Euthanasie“-Befürworter stempeln Kranke zu einer Außenseiter-Gruppe ab, ohne in Frage zu stellen, ob diese sich auch selber so verstehen; bringen sich die Betroffenen in die Diskussion mit ein, wird ihnen vorgeworfen, sie können die Situation nicht objektiv und sachlich beurteilen, da sie zu sehr involviert seien. Die Differenzierung Person - Mensch anhand der Kriterien Verstand und Kommunikationsfähigkeit bauen auf Vorurteilsstrukturen auf, die nicht berücksichtigen, daß z.B. der Begriff Kommunikation nicht ausschließlich auf Sprache bezogen werden kann, sondern sich sehr vielschichtig darstellt.

- Das Leiden wird in unserer Gesellschaft als ein Übel betrachtet, dem so schnell wie möglich abgeholfen werden muß, anstatt es als positiven Einschnitt im Leben anzusehen, der neue Perspektiven, Ansätze und Lebensplanänderungen auslösen kann. Die „Euthanasie“-Befürworter streben eine 'Gesellschaft der Gesunden' an, in der jede Art von Krankheit keinen Platz hat.
- Über den Umweg der „Euthanasie“ und Sterbehilfe wird der Medizin eine Problemlösung zugeschoben, die im Grunde genommen der Sozialstaat übernehmen muß.

Die Beiträge des Forums tragen dazu bei, die Argumente der „Euthanasie“-Befürworter kritisch von den unterschiedlichsten Seiten zu betrachten und regen dazu an, den eigenen Standpunkt neu zu überdenken. Auch nach der Lektüre bleiben unbeantwortete Fragen: wie kann über dieses Thema angemessen diskutiert werden, ohne sofort in Verteufelungen der gegnerischen Seite zu verfallen? Leben erhalten um jeden Preis - wie stellt man sich dann zur Frage der Abtreibung?... Aber nicht alle Probleme sind lösbar, oft kann man sie nur betrachten und zu Annäherungen der entgegengesetzten Positionen gelangen. Wichtig für die Auseinandersetzung um „Euthanasie“ und Sterbehilfe ist, die gesamte Geschichte der „Euthanasie“ in den Blickpunkt zu rücken, daraus mögliche entstehende Gefahren zu erkennen und diese in den gegenwärtigen Entscheidungsprozeß einzubringen. Die Argumentationsweise der Befürworter muß - auch sprachlich - sehr genau überprüft werden und für jeden einzelnen sollte wichtig sein, das eigene Verhalten gegenüber Behinderten und die eigene Meinung über Krankheit und Behinderung im Alltag zu betrachten und ggf. zu verändern.

Ute Daub und Michael Wunder (Hrsg.): Des Lebens Wert. Zur Diskussion über Euthanasie und Menschenwürde. Lambertus Verlag, Freiburg/Brs. 1994.

Praxis der Gedenkstättenpädagogik

Erfahrungen und Perspektiven

Verlag Leske und Budrich, Opladen 1995.

Herausgegeben von:

Annegret Ehmann, Dr. Wolf Kaiser (Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz)

Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors)

Prof. Hanns-Fred Rathenow, Comelia vom Stein, Prof. Dr. Norbert H. Weber (TU Berlin, Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften)

Den Schwerpunkt des Buches bilden Erfahrungsberichte über die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten sowohl in Deutschland als auch in Polen. Gemeint sind alle jene Orte, die an die Verfolgung durch den Naziterror erinnern sowie dem Gedenken an die Opfer und dem Widerstand gegen die Gewaltherrschaft gewidmet sind.

Berichtet wird über die Arbeit mit Grund- und Oberschülern, mit Berufsschülern und (multi-nationalen) Jugendgruppen, mit Erwachsenen in berufsbezogener Aus- und Fortbildung.

Ebenso vielfältig sind die Formen, in denen dieses Lernen stattfindet: (Klassen-)Fahrten und Projekte, Erkundungen, Studientage u.a. sind ausführlich beschrieben. Die Darstellung der Arbeit und der Angebote einzelner Gedenkstätten sowie die Erfahrungsberichte dokumentieren Gelungenes, sollen ermutigen und Anregungen bieten für die eigene pädagogische Praxis.

Grundsätzlichere Überlegungen bilden das einleitende Kapitel: Zu Gedenkstättenbesuchen im historisch-politischen Unterricht, zu Geschichte, Konzeption und Wirkung von Gedenkstätten, zu Begrifflichkeit und Deutungen der NS-Verbrechen.

Die Texte im abschließenden Kapitel stellen Fragen und fordern zur Diskussion auf: Über Wege und Ziele der Gedenkstättenarbeit, über Schwierigkeiten und Wirkungen von Gedenkstättenbesuchen, über die aktuell-politische Funktion der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Im Anhang finden sich Adressen von Gedenkstätten und eine ausführliche Bibliographie zur Bildungsarbeit in Gedenkstätten.

Aus dem Inhalt:

- Über Sprache, Begriffe und Deutungen des nationalsozialistischen Massen- und Völkermords
- Auf der Suche nach den Spuren der Moorsoldaten
- Gestaltpädagogische Arbeit im Haus der Wannseekonferenz
- Projektarbeit in der Jugendbegegnungsstätte Buchenwald
- Deutsche und israelische Schüler gemeinsam in Theresienstadt und Auschwitz
- Fenster für Mauthausen. Vorbereitung eines Projekts mit Berufsschülern
- Frauen in Ravensbrück. Ein Unterrichtsprojekt mit Studierenden
- Gedenkstättenfahrt nach Polen 1988. Rückblick einer Teilnehmerin
- Historische Erkenntnis contra Rechtsextremismus?
- Zur Darstellung der Täter in Ausstellungen von Gedenkstätten der Bundesrepublik
- Gedenkstättenpädagogik und Menschenrechtsverletzungen

Reihe „Materialien“ des Fritz Bauer Instituts

In dieser Reihe werden in loser Folge wissenschaftliche Beiträge, didaktische Grundlagentexte und bislang nicht erschlossene Quellen publiziert, die sowohl der wissenschaftlichen Diskussion wie der Vermittlungsarbeit im weitesten Sinne Impulse geben können. Manche dieser Texte sind für den Einsatz in der Bildungsarbeit selbst geeignet.

Die Reihe wird von der Arbeitsstelle und dem Förderverein „Fritz Bauer Institut“ herausgegeben und die einzelnen Exemplare kosten je nach Ausstattungsvariante DM 3,- bis DM 5,-.

Die Texte können bei der Arbeitsstelle, bei Bedarf auch in größerer Stückzahl, bestellt werden.

Bereits erschienen sind:

Heft 1: Volkhard Knigge: Abwehren - Anzeigen. DM 3,-.

Heft 2: „Nicht einmal zum Sterben habe ich Protektion...“ Tagebuch von Irene Hauser aus dem Ghetto Lodz. DM 3,-.

Heft 3: Raul Hilberg: Gehorsam oder Initiative. Zur arbeitsteiligen Täterschaft im Nationalsozialismus. DM 3,-.

Heft 4: Micha Brumlik: Der Prolog der „Reichskristallnacht“ Entwurf einer didaktischen Konzeption zum Thema. DM 3,-.

Heft 5: Abschlußbericht der Planungsgruppe Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust. DM 5,-.

Heft 6: Jonathan Webber: Die Zukunft von Auschwitz. 2. Aufl., in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. DM 5,-.

Heft 7: Hanno Loewy: Sichtbares und Unsichtbares. Zur Topologie der Erinnerung. DM 3,-.

Heft 8: Martha Wertheimer - Briefe an Siegfried Guggenheim in New York. Geschrieben vom 27.5.1939 bis 2.9.1941 in Frankfurt am Main. DM 5,-.

Heft 9: Dieter Schiefelbein: Das „Institut zur Erforschung der Judenfrage Frankfurt am Main“ Vorgeschichte und Gründung 1935 - 1939. DM 5,-.

Heft 10: Jan Philipp Reemtsma: Charisma und Terror. Gedanken zum Verhältnis internationalistischer und funktionalistischer Deutungen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. DM 3,-.

Heft 11: Christoph Münz: Geschichtstheologie und jüdisches Gedächtnis nach Auschwitz. Versuche, den Schrecken der Geschichte zu bannen. DM 5,-.